

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

88 (17.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 47. öffentliche Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 88.

Dienstag, 17. März 1908.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

47. öffentliche Sitzung

am Samstag, den 14. März 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XII und XIII, sowie Einnahme Titel III und IV (Heil- und Pflegeanstalten, Besserungs- und Erziehungsanstalten) — Druckfache Nr. 12b — Berichterstatter: Abg. Dr. Schofer;

2. Beratung der Berichte der Petitionskommission über

a. Bitte der Ehefrau des pensionierten Reserveführers Gottlob Schilling in Adelsheim um Pensionserhöhung, Berichterstatter: Abg. Kramer;

b. Bitte des Karl Friedrich Knoll von Niedereggengen um Rechtshilfe, Berichterstatter: Abg. Mehr-Lahr;

c. Bitte des Untererhebers Wilhelm Ged von Durmersheim um etatmäßige Anstellung, Berichterstatter: Abg. Müller;

d. Bitte des zurubegeleiteten Hauptzollamtsdieners Karl Fleiner in Bruchsal um Unterstützung, Berichterstatter: Abg. Kramer;

e. Bitte des Hauptmanns a. D. Könige in Hintergarten um Gleichstellung mit den anderen deutschen Offizieren nach dem Reichsgesetz vom 31. Mai 1906, Berichterstatter: Abg. Frhr. d. Gleichenstein.

(Ziffer 1 gelangte nur zum Teil, Ziffer 2 garnicht zur Verhandlung.)

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Dr. Glöckner, Oberbaurat Drach, die Ministerialräte Schäfer und Stamm.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Es werden folgende Eingänge angezeigt:

I. Petitionen:

1. der Handelskammer Freiburg und der Gemeinderäte von 12 weiteren Gemeinden des Landes um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Fahrradstrecke auf der Höllethalbahn;

2. a. von Revisionsbeamten bei den Hilfsbureaus der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen,
b. des Vereins badischer Oberhaffner zur neuen Gehaltsordnung.

3. von Beamten und der Stadtverwaltung in Mosbach, die Aenderung des Wohnungsaeldtarifs und die Gewährung einer außerordentlichen Wohnungsgeldzulage betr.;

4. der Stadt Offenburg um Erweiterung bezw. Verlegung der Zollhalle in Offenburg;

5. der Sektion Offenburg des Badischen Schwarzwaldvereines und der Stadt Offenburg um Errichtung einer Haltestelle bei der Wartestation 5 der Schwarzwaldbahn;

6. des Kanzleirats a. D. Ludwig Ruidt in Karlsruhe um Erhöhung seines Ruhegehalts.

Es werden überwiesen Ziffer 1 und 4 der Budgetkommission, Ziffer 2 und 3 der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 6 der Petitionskommission.

II. Schreiben des Präsidenten des Ministeriums des Innern, wonach derselbe bereit ist, die Interpellation der Abgg. Ged u. Gen., betreffend die Arbeitslosigkeit, anlässlich der Beratung des Titels XV des Budgets des Ministeriums des Innern zu beantworten.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Titel XII der Ausgaben und Titel III der Einnahmen des Budgets des Ministeriums des Innern, Heil- und Pflegeanstalten, erhält zunächst das Wort der Berichterstatter

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Mit Titel XII betreten wir ein Gebiet, auf dem alle Mitglieder dieses Hohen Hauses ohne Unterschied der Parteistellung und Ansichten, auch das ganze Hohe Haus mit der Großh. Regierung einig sind, einig in der Fürsorge für unsere armen und schwergeprüften Mitmenschen. Daher erklärt sich auch der einmütige Antrag auf Genehmigung dieses Titels, den ich namens der Budgetkommission zu stellen habe. Dabei bemerke ich, daß die in § 1 des außerordentlichen Etats erscheinende IV. Teilforderung für Wiesloch im Betrage von 1 875 000 M. von uns bereits in der 13. öffentlichen Sitzung von 18. Januar d. J. genehmigt ist.

Ich gebe nun zunächst einen Rück- und Ausblick über den Stand unserer Heil- und Pflegeanstalten an der Hand des Standes der Kranken in unserem Großherzogtum Baden.

Bis gegen das Jahr 1879 hatten wir nur die beiden Heil- und Pflegeanstalten Illenau und Pforzheim. Im Jahre 1879 ist die psychiatrische Klinik in Heidelberg und im Jahre 1887 jene in Freiburg eröffnet worden. Im Jahre 1889 fand die Eröffnung der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen statt, und jene von Wiesloch wurde im Jahre 1905 eröffnet, und in Anlage VI meines gedruckten Berichtes finden die sehr geehrten Herren auch bereits den Kostenüberschlag für die Pflegeanstalt, welche bei Konstanz errichtet werden soll. Der Gesamtaufwand für die da projektierte Anstalt beläuft sich auf 5 299 308 M. bei 910 Krankenbetten, jedoch ein Krankenbett auf 5823 M. zu stehen kommt. Die Großh. Regierung teilt mit, daß sie hoffe, im Jahre 1913 diese Anstalt eröffnen zu können.

Es ergibt sich angesichts der geschilderten Entwicklung die Frage: Werden wir mit dem Jahre 1913, wenn die Anstalt bei Konstanz eröffnet sein wird, an einem Abschluß angekommen sein, oder werden wiederum neue Forderungen für Heil- und Pflegeanstalten an uns herantreten? Auf Grund des statistischen Materials kann man nur dahin antworten, daß mit dem Jahre 1913 ein Abschluß nicht gefunden, sondern daß neue Fürsorge notwendig sein wird. Zur Begründung dieser Ansicht, muß ich zunächst auf den Zustand der Anstalt in Pforzheim hinweisen. Ich weiß nicht, was geschehen würde, wenn diese Anstalt nicht eine Staatsanstalt sondern eine Privatanstalt wäre! Es kann nur eine Frage der Zeit, und leider Gottes muß ich noch hinzufügen, eine Frage der Finanzen sein, wann diese Anstalt einmal aufgehoben und durch eine neue und bessere ersetzt sein wird. Ich weise darauf hin, daß der Landtag 1899/1900 bereits eine Resolution gefaßt hat, daß diese Anstalt aufgehoben werden sollte, und man glaubte auch damals, sie würde unnötig sein, sobald Wiesloch und Konstanz eröffnet sein würden. Die Zunahme der Erkrankungen scheint aber so stark zu sein, daß wir, auch wenn beide neue Anstalten, Wiesloch und Konstanz, in vollen Betrieb übergeführt sein werden, nicht in der Lage sind, die Anstalt in Pforzheim aufzuheben. Die Zunahme der Kranken vom 31. Dezember 1906 auf 1907 beträgt allein 172, und wenn wir das statistische Material, das uns von sachmännischer Seite geboten wird, betrachten, so werden wir noch viel mehr in dieser Auffassung bestärkt werden. Im vorigen Jahre brachte die Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift aus der Feder des Direktors der Anstalt in Wiesloch in einem interessanten Aufsatz eine ganze Reihe statistischer Angaben, die ich glaube, Ihnen vortragen zu sollen. Er schreibt an dem angeführten Orte:

„Ein Blick auf die Zunahme der Anstaltspfleglinge in sämtlichen badischen Heil- und Pflegeanstalten ergibt denn auch eine beständig und ganz unverhältnismäßig ansteigende Tendenz. Während im Jahrzehnt 1870/79 die Anzahl der Anstaltspfleglinge nur um 165 zunahm, stieg sie schon im Jahrzehnt 1880/89 um 440, im Jahrzehnt 1890/99 aber um 826 und in den 5 Jahren 1900/05 allein um 785, in den 6 Jahren 1900/06 um 939. Also nunmehr in 5 Jahren beinahe um so viel als vorher in 10 Jahren und doppelt so viel als im Jahrzehnt 1880/89, um 5 Mal so viel als im Jahrzehnt 1870/79. Die Zahl der Anstaltsplätze im ganzen ist seit 1870 in Baden um 2370 vermehrt worden, d. h. um beiläufig das Dreieinhalbfache; seit 1890 allein um das Doppelte.“

Der jährliche Zuwachs an Anstaltspfleglingen in den letzten sechs Jahren beträgt 157, steht also in gar keinem Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs, der für sich allein nur eine Zunahme um etwa 60 pro Jahr bedingen würde. In der „Denkschrift über den Stand der Irrenfürsorge in Baden“ habe ich in dem von mir behandelten

statistischen Teil aus verschiedenerlei Berechnungen und Ueberlegungen den Schluß gezogen, daß als Mindestmaß für den jährlichen Zuwachs von Anstaltspfleglingen resp. Anstaltsplätzen die Zahl 80 gelten müsse; wir sehen hier in Wirklichkeit um das Doppelte überholt.“

Also die jährliche Zunahme von 157 Kranken ist Tatsache, und das bedeutet, daß die Erstellung von je zwei Belegplätzen auf tausend Einwohner in Baden notwendig wäre. Allein dem Fachmanne scheint auch diese Zahl noch zu nieder gegriffen, er nimmt mit einer anderen Autorität an, daß drei Belegplätze auf tausend Einwohner in Baden notwendig wären. Im Anschluß an diese Bemerkungen fährt er dann weiter:

„Ein annähernder Ueberschlag nach diesem Prozentfuß würde, wenn wir zugleich die Auflassung der alten Pforzheimer Anstalt und die Beseitigung der starken Ueberfüllung aller vorhandenen Anstalten in Baden ins Auge fassen, eine Mehrforderung von etwa 4000 Anstaltsplätzen gegen den jetzigen Bestand bedeuten oder, wenn wir weiterhin mit einem jährlichen Mehrbedarf von 160 Anstaltsplätzen rechnen, eine jährliche Vereinstellung dieser Plätzezahl auf 25 Jahre hinaus fordern. Erst dadurch würde für die Folgezeit eine Beschaffung von Anstaltsplätzen nach Maßgabe der Bevölkerungszunahme, d. h. von etwa 60 Plätzen pro Jahr möglich sein.“

Nun wieder zu den realen Verhältnissen zurückkehrend schließt der betreffende Aufsatz also:

„Selbst aber nach der Vollendung dieser beiden neuen Anstalten (nämlich Wiesloch und Konstanz) wird, worauf schon obige Zahlen hinweisen, die Irrenfürsorge nicht Halt machen können, sondern unverweilt an neue Projekte herangehen müssen. Die Forderungen der Zeit werden gebieterisch dazu drängen.“ So der Fachmann. Wenn man die hier angeführten Zahlen wirklich in ihrer Bedeutung bemißt, wird man den gezogenen Folgerungen wahrscheinlich im wesentlichen nicht widersprechen können. Allein alle diese Tatsachen fordern nicht nur die Frage heraus: Wie treffen wir Fürsorge? sondern werfen auch die Frage auf: Welches sind denn die Ursachen dieser wenig erfreulichen Erscheinung, die uns so viele Opfer kostet?

Die Denkschrift, die vor einigen Jahren an die Mitglieder dieses Hohen Hauses verteilt worden ist, nennt namentlich zwei Quellen der Erkrankung, nämlich die Nervosität und den Alkohol. Die Ursache der Nervosität aber findet die Denkschrift in dem Kampf ums Dasein, in der Parforcejagd nach dem Erwerb und in der aufreibenden Konkurrenz, welche das Nervenkapital samt Zinsen verflüchtigt; der große Pan, der alle lockt und allen zum Verhängnis wird; und weiterhin bemerkt die Denkschrift, „daß das Herabsteigen dieser Nervosität auch in die niederen Volksschichten als eine betrübende Tatsache zu konstatieren sei“.

Daraus erklärt sich dann auch, daß wir auch in der Budgetkommission die Anfrage an die Großh. Regierung gerichtet haben, wie wohl- in Zukunft für die Nervenheil- und Pflegeanstalten gesorgt werden würde, speziell bezüglich der Anstalt in Illenau. Wir haben an der psychiatrischen Klinik in Freiburg bereits eine Abteilung für Nervenranke; wie in Baden das weitere dafür gesorgt ist, das möchte ich bitten, aus dem gedruckten Berichte zu entnehmen.

Hinsichtlich der Folgen des Alkohols will ich bemerken, daß wir zu ihrer Behebung eine Trinkerheilstätte bei Kenchen haben. Die beste Fürsorge wäre aber die Verhütung, und zwar die Prophylaxe nicht nur, die einzelnen Personen gilt, sondern namentlich auch diejenige, die der Nachkommenschaft gilt, damit nicht Kinder das

traurige Erbe von Erzeugen der Eltern mit ins Leben hinausbekommen.

Es wäre aber Unrecht, wenn man auf diese beiden Ursachen allein die Zunahme der Kranken in unseren Anstalten zurückführen würde. Die Zeiten sind eben doch auch in anderer Hinsicht andere geworden. Früher hat man manchen Kranken noch daheim behalten und daheim gepflegt, während man die Kranken jetzt aus verschiedenen Gründen lieber den Anstalten überweist; ich sage aus verschiedenen Gründen, denn einmal ist die eine oder andere Familie hierzu übergegangen, um die Pflege los zu werden, dann aber sehen sich wieder andere mit Rücksicht auf die vorzüglichen Einrichtungen unserer Anstalten hierzu veranlaßt, weil dort den Kranken eine bessere Pflege geboten werden kann. Durch diese Momente wird die reiche Zunahme unseres Krankenstandes in den einzelnen Anstalten weitergehend erklärt.

Diese Vermehrung des Krankenstandes an unseren Anstalten hat natürlich zur notwendigen Folge, daß das Anstaltspersonal vermehrt werden muß. Es waren nach dem vorigen Budget 284 Personen etatmäßig angestellt; jetzt sind es deren 319. Die Zahl der nicht-etatmäßigen Beamten ist von 489 auf 610 gestiegen. Im ganzen ist das eine Vermehrung um 156 Personen oder um 20,1 Prozent. Die Vermehrung des etatmäßigen Personals bleibt hinter dem Durchschnitt um 7,8 Prozent zurück, die des nichtetatmäßigen übersteigt den Durchschnitt um 4,6 Prozent. Vergleicht man das etatmäßige und das nichtetatmäßige Personal des weiteren miteinander, so findet man, daß 65,6 Proz. des Personals nichtetatmäßig sind, während 34,4 Proz. etatmäßig angestellt sind.

Im einzelnen erstreckt sich die Vermehrung zunächst auf die größere Anzahl der Ärzte. Die Zahl der Ärzte, die etatmäßig angestellt sind, ist von zehn auf fünfzehn gestiegen. Der Grund ist leicht ersichtlich. Es ist sehr schwer, für diese Anstalten tüchtige, brauchbare Ärzte zu gewinnen, sind sie vollends nicht etatmäßig angestellt oder können sie gar nicht einmal etatmäßig angestellt werden, so werden sie natürlich vorziehen, draußen in der Privatpraxis zu bleiben, und so mußte denn die Zahl der etatmäßigen Stellen um ein Bedeutendes vermehrt werden. Allein auch trotz dieser Vermehrung der Stellen gelingt es nur sehr schwer, die nötigen Männer für diese Stellen zu gewinnen, und aus dieser Tatsache erklärt sich auch, daß wohl nächstens eine Bitte an das Hohe Haus kommen wird, die die Gehaltsstellung dieser Ärzte betrifft.

Es müssen bekanntlich die jungen Ärzte, wenn sie ihr Staatsexamen bestanden haben, auf ein Jahr an irgend einer größeren Klinik oder in einem medizinischen Institut als Medizinalpraktikanten tätig sein, ehe sie in die Praxis eintreten; die Heil- und Pflegeanstalten sind von der Großh. Regierung auch als dazu geeignet bezeichnet worden. Es können an den Heil- und Pflegeanstalten 17 Medizinalpraktikanten aufgenommen werden; 3 solcher Praktikanten sind tatsächlich an diesen Anstalten, alle 14 anderen Stellen sind vollständig unbesetzt, da kein Gebrauch von dieser Gelegenheit gemacht wird. Um die jungen Mediziner mehr zu gewinnen, hat man außer der freien Station nun auch noch ein Bargeld (von 900 bis 1200 M.) vorgelesen; es wird selbst jetzt noch sehr fraglich sein, ob auch dieses Lockmittel bei den jungen Medizinern verfangt.

Die stärkste Vermehrung hat das Wärterpersonal erfahren. Ich will die einzelnen Ziffern hier nicht nennen und verweise auf den Bericht.

Es sind im Budget 28470 M. für die Kleidung des Wärterpersonals angefordert. Es sollen nämlich die Oberwärter, Wärter, Torwarte, Rangleidener und

Rutscher, ferner die Oberwärterinnen und Wärterinnen eigene Dienstkleidung erhalten, und zwar sollen die männlichen Personen die Kleidung im Stück geliefert erhalten, währenddem das weibliche Personal eine Pauschalsumme bekommen soll. Die Begründung scheint vollständig stichhaltig zu sein. Man kann es begreifen, daß in einem solchen Dienst die Kleider sich viel rascher abnutzen, und man kann es auch verstehen, daß das Wärterpersonal von den Kranken sofort unterschieden werden muß. Ich möchte hier die Bemerkung einfügen, daß bei der Bestellung dieser Kleidung für das Wärterpersonal wohl auch, wenn angängig, die Tariffirmen bevorzugt werden.

Eine Anfrage über die freie Zeit in den einzelnen Anstalten ergab die Tatsache, daß die Regelung keine einheitliche ist. Hinsichtlich der Einzelheiten verweise ich auf den Bericht Seite 20/21, Anlage VII.

Ehe ich den Gegenstand verlasse, glaube ich auch ein Wort der Anerkennung gegenüber dem Anstaltspersonal, von der Spitze bis hinunter zum letzten Angestellten, sagen zu sollen. Der Dienst ist schwer, verantwortungsvoll. Darum verdient aber auch treue Pflichterfüllung speziell die Anerkennung der Volksvertretung.

Ich wende mich nun zum sachlichen Aufwand, und hier bilden den wichtigsten Punkt die vermehrten Ausgaben, welche die allgemeine Preissteigerung herbeigeführt hat. Demgegenüber steht die Erhöhung der Verpflegungskostenbeiträge. Der Gesamtaufwand pro Kopf im Jahre 1897 betrug noch 830,52 M., im Jahre 1906 ist er auf 982,39 M. gestiegen, also ein Mehr von 151,87 M. Nimmt man die Verpflegungskosten allein, so betragen sie im Jahre 1897 342,33 M., im Jahre 1906 360,35 M. Auch sie sind innerhalb dieser Zeit gestiegen, und zwar um 18,02 M. Die Folge dieser Preissteigerung würde natürlich ohne Erhöhung der Verpflegungskostenbeiträge eine bedeutende Erhöhung des reinen Staatszuschusses sein. Der reine Staatsaufwand für einen Kranken betrug im Jahre 1897 164,68 M., im Jahre 1906 schon 275,43 M., das ist eine Erhöhung von 110,75 M. innerhalb 9 Jahren. Bei dem gegenwärtigen Bestande von 3236 Kranken würde das einen reinen Staatszuschuß von 891 291,48 M. für das Jahr 1906 bedeuten. 1897 betrug der von den Privaten und der Gemeinde geleistete Verpflegungsbeitrag 72,78 Proz. des Gesamtaufwandes und im Jahre 1906 nur noch 62,35 Prozent. Kommt noch die bedeutende Steigerung der Anzahl der Kranken dazu, so vermehrt sich dementsprechend auch dasjenige, was der Staat aus seinen Mitteln leisten muß, sodaß man es sehr wohl begreifen kann, wenn die Staatsregierung daran dachte, nun durch Erhöhung der Beiträge, sei es der Familie oder der Gemeinde, die Steigerung auch etwas auf die Familien und Gemeinden abzumwälzen.

Die Neuregelung des Verpflegungsbeitrages ist durch Verordnung vom 21. Dezember 1907 gegeben und trat am 1. Januar 1908 in Kraft. Seite 9 meines Berichts finden Sie eine ins einzelne gehende Darstellung, und ich kann deswegen hier wohl darauf verzichten, sie Ihnen vorzuführen.

Ohne diese Erhöhung, von der ich eben gesprochen habe, würde im laufenden Budget der reine Staatsbeitrag auf den Kopf sich auf 287,82 M. belaufen. Die Verminderung an den reinen Staatsbeiträgen durch die Erhöhung der Verpflegungsbeiträge wird auf 50 M. berechnet, und so beträgt der reine Staatsbeitrag nach Erhöhung der Pensionsbeiträge noch 237,82 M. Durch Verpflegungskostenbeiträge werden 505,59 M. gedeckt, also 68,10 Proz. gegen 72,78 Proz. im Jahre 1897, wo 440,36 M. bezahlt wurden. Die gesamten reinen Staatsauslagen berechnen sich auf 804 075,20 M. Die Verminderung des gesamten Staatsbeitrages durch die

Erhöhung der Verpflegungsbeiträge beträgt für das laufende Budget rund 87 200 M.

Ich wende mich nun zum außerordentlichen Etat. Für Wiesloch sind ja bereits 1 875 000 M. die dort vorgesehen sind, bewilligt, wie ich vorhin bemerkte. Bis jetzt beträgt die Gesamtsumme mit dem, was hier bewilligt worden ist, 5 209 500 M.

Wir haben im Hinblick auf die Erstellung der Anstalt in Konstanz die Anfrage gestellt, wie sich die Fernheizung in Wiesloch bewährt habe. Die Antwort ist wörtlich in den gedruckten Bericht aufgenommen, und das Urteil ist ein außerordentlich günstiges. Die Regierung hat auch in der Budgetkommission dieses günstige Resultat anerkannt und speziell anerkannt, daß die Fernheizung, die eine ganz respektable Ersparnis ergibt, damals auf Antrag unseres Kollegen Hergt eingeführt worden ist.

Für die Anstalt in Konstanz ist der Voranschlag vorgelegt. Sie finden ihn in Anlage VI. Der Gesamtaufwand beläuft sich, wie gesagt, auf 5 299 308 Mark. Im laufenden Budget sind 25 000 M. zur Fortsetzung der Vorarbeiten angefordert.

Für die Anstalt in Emmendingen sind zwei größere Positionen angefordert, einmal 52 500 M. zur Wasserversorgung. Die Anstalt in Emmendingen hat zwar eine Wasserleitung für Trinkzwecke. Aber für Kochzwecke, für die Waschtische, für die Kesselanlage u. wurde bis jetzt das Wasser aus dem Brettenbach bezogen, das gegenwärtig nicht mehr ausreicht. Daher muß eine Neuanlage gemacht werden, für die der genannte Betrag angefordert ist.

Eine zweite Anforderung bezieht sich auf die Kanalisation. Die Anforderung beträgt 45 000 M. Bis jetzt wurden die Abwässer durch einen Kanal ohne weiteres in den Brettenbach geleitet, was aber bei niedrigem Wasserstande und bei dem geringen Gefälle zu allerhand Unzuträglichkeiten führte. Infolgedessen mußte an eine Kanalisation bis hinüber an die Elz gedacht werden. Zunächst hat man an eine eigene für sich bestehende Kanalisation gedacht. Die Großh. Regierung hat ein Projekt vorgelegt, das, wie in dem Projekt selber bemerkt ist, nicht eine durchweg ideale Lösung darstellt. Aus zwei Gründen! Einmal weil eine biologische Reinigung nicht vorgesehen ist. Zur Frage der biologischen Reinigung möchte ich aber bemerken, daß in Wiesloch, wo auch die Abortanlage in die Kanalisation eingeführt ist eine biologische Reinigung nicht stattfindet sondern eine mechanische, und die Resultate durchaus befriedigende sein sollen, so daß dieser Grund ein besonderes Hindernis gegenüber der Ausführung dieses Planes nicht bieten würde. Der zweite Punkt wäre aber von beträchtlicherer Bedeutung, und das ist die Tatsache, daß beim Hochwasser in der Elz die Kanalisation wohl nicht gebraucht werden könnte, sondern das Abwasser durch den Brettenbach abgeführt werden müßte.

Nun trat die Frage in ein neues Stadium durch die Tatsache, daß die Stadt Emmendingen ebenfalls an die Ausführung eines Kanalisationsprojektes denkt, und durch die weitere Tatsache, daß Emmendingen einen neuen Bahnhof bekommen wird und die Kanalisation auch für den Bahnhof erstellt werden muß. Die Kommission stellt sich nunmehr auf den Standpunkt, daß die Großh. Regierung zunächst das vorgelegte Projekt mit Rücksicht auf die Mängel noch einmal durchprüfen solle, ist aber auch geneigt, dem Anschluß an die Stadt und an die Eisenbahnverwaltung zu einer gemeinsamen Kanalisation das Wort zu reden. Die Budgetkommission stellt dementsprechend den Antrag auf Bewilligung der Anforderung, gleichgültig ob die Großh. Regierung den

Betrag von 45 000 M. für das Eine oder das Andere verwenden wolle.

Auch bezüglich der Kirchenfrage in der Anstalt Emmendingen wurde eine Anfrage an die Großh. Regierung gerichtet. Diese Frage hat schon eine längere Geschichte. Der Anstaltsplan sah eine Kirche vor, und der dafür innerhalb des Anstaltsareals vorgesehene Platz ist noch völlig ungebaut und frei. Aus finanziellen Gründen hat man im Jahre 1889 bei Erstellung und Eröffnung der Anstalt vom Bau einer Kirche abgesehen. Das Budget von 1894/95 kam wiederum auf die Frage zu sprechen, und 1896 sollte der Bau vollendet sein. Die Anforderung betrug 190 000 M., und später sollten noch einmal 75 000 M. angefordert werden. Die Regierung hat aber dies Vorhaben nicht ausgeführt. In der Budgetperiode 1900/01 wurde der Festhaal ohne die Kirche um 190 000 M. gebaut. Hinsichtlich der Kirche aber wurde wörtlich erklärt: „Von dem Bau einer Anstaltskirche muß mit Rücksicht auf die Finanzlage Umgang genommen werden. Ueberdies werden demnächst in dem neu erstellten Versammlungsraum geeignete Lokalitäten zu gottesdienstlichen Zwecken erstellt werden.“ Die Kommission des Landtags 1901/02 war der Ansicht, ich führe auch diese Äußerungen wörtlich an, „daß der Bau einer eigenen Anstaltskirche sowohl aus Rücksicht auf die Pflöglinge wie auch aus Rücksicht auf das zahlreiche Anstaltspersonal und die Familien desselben im Auge zu behalten und tunlichst bald auszuführen sei. Das Versammlungsraum kann nur vorübergehend nicht aber auf die Dauer die Kirche ersetzen.“ Und der damalige Minister des Innern, Erzengel Dr. Schenk el, nahm selbst das Wort und erklärte, daß der Wunsch nach baldiger Erstellung der Kirche vollauf berechtigt sei.

Der Gottesdienst wird gegenwärtig in einem Werkstättegebäude in einem 153 qm großen Raum abgehalten. Die Großh. Regierung gibt selbst zu, daß dieser einfache, allerdings würdig ausgestattete Raum für die ohne die Familien der Anstaltsbeamten in den letzten Jahren zeitweise etwa 1800 Seelen zählende Anstalt nicht ausreichenden Platz bietet. Ihre gegenwärtige Stellung präzisiert die Großh. Regierung in ihrem Schreiben, das in meinem Bericht Seite 20 abgedruckt ist, mit folgenden Worten: „Es ist deshalb auch die Großh. Regierung davon überzeugt, daß dem Bedürfnis nach einer eigenen Anstaltskirche in Emmendingen entsprochen werden muß, sobald die dringenderen Aufgaben des Ausbaues der Anstalten Wiesloch und Konstanz zur Ausführung gelangt sein werden.“

Damit bin ich zu Ende mit dem, was ich über Titel XII zu sagen hätte. Und nun darf ich noch als Abgeordneter ein Wort für die Anstalt in Wiesloch und ein anderes Wort für die Anstalt in Jllenuau einlegen.

In Wiesloch ist noch alles im Werden begriffen, und daher erklärt es sich, daß sich manche Unzuträglichkeiten einstellen, die auch von der Anstaltsleitung als solche getragen werden. Es will mir aber scheinen, daß es gut wäre, wenn man bald daran ginge, eine Wurstküche mit Kühlraum einzurichten, weil es namentlich im Sommer schwer ist, Fleischwaren aus der Ferne holen zu müssen, wenn man nicht in der Lage ist, sie gut aufbewahren zu können.

Hinsichtlich der Anstalt Jllenuau möchte ich den Wunsch aussprechen, daß das Großh. Ministerium des Innern sich dafür interessiert, daß auch ein Nachmittags-schnellzug aus dem Oberland in Achern anhält. Die Anstalt hat schon oft und auf alle Weise den Versuch gemacht, diese Wohlthat erwiesen zu bekommen, aber immer ohne Erfolg. Morgens 8 Uhr und abends 8 Uhr hält ein Schnellzug. Wenn nun vom weiten Oberland her

Kranke mit einem Nachmittagszug nach Illenau gebracht werden, müssen sie in Appenweiler aussteigen und den nächsten Personenzug abwarten. Es ist immer eine missliche Sache, mit einem Kranken dieser Art den Zug wechseln zu müssen oder auf einem Perron warten zu müssen. Manche, namentlich begüterte Leute, lassen sich mit dem Anstaltsfuhrwerk in Appenweiler abholen. Wo solche Interessen in Frage kommen, sollte die Großh. Regierung bei der Eisenbahnverwaltung Schritte tun, daß ein Schnellzug aus dem Oberland im Laufe des Nachmittags in Achern anhält. Diese letztere Bemerkung hinsichtlich des Anhaltens eines Schnellzugs habe ich auch namens der Budgetkommission gemacht.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort:

Abg. Wittum (natl.): Unsere badischen Irrenanstalten sind wahre Sorgenkinder für unseren badischen Staatshaushalt. Wie wir vorhin von dem Herrn Berichterstatter vernommen haben, hatten wir im Großherzogtum bis 1879 nur zwei Anstalten, Illenau bei Achern und die alte Anstalt in Pforzheim. In den 80er Jahren wurden dann die Irrenkliniken in Freiburg und Heidelberg errichtet. In derselben Zeitperiode ist dann mit dem Bau der großen, weitläufigen Anstalt in Emmendingen begonnen und der Bau auch durchgeführt worden. Diese Anstalt sollte als Ersatz für die gänzlich unzulängliche und ungenügende Anstalt in Pforzheim dienen. Allein als auch dort in Emmendingen sämtliche Räume belegt waren, ist die Pforzheimer Anstalt auch nicht in der allermindesten Weise entlastet worden.

Man mußte dann bald zum Bau einer vierten Irrenanstalt übergehen. Damals hat sich bezüglich der Landschaft, in welcher die neue Anstalt zu errichten sei, hier in der Zweiten Kammer ein wahrer Wettkampf entsponnen. Wir in Pforzheim, die wir die allen hygienischen und polizeilichen Anforderungen ins Gesicht schlagende Anstalt mitten im Zentrum der Stadt so viele Jahre lang erdulden mußten, glaubten damals, das historische Anrecht darauf zu haben, daß die neue Anstalt auf der Gemarkung Pforzheim errichtet werde. Allein die Baupläne, welche die Stadtgemeinde der Großh. Regierung zur Verfügung stellte, wurden von den Sachverständigen der Regierung als nicht geeignet bezeichnet. Wir unterlagen also im Konkurrenzkampf und die Anstalt wurde nach Wiesloch verlegt. Einzelne der hier anwesenden Herren erinnern sich vielleicht noch, wie ich damals in ergebener Resignation den geradezu humoristisch wirkenden Wettkampf der einzelnen Landesteile nach dem Besitz einer Irrenanstalt schilderte. Gleichzeitig mit der Wieslocher Anstalt mußte auch daran gedacht werden, noch eine weitere, fünfte Anstalt im Oberland bei Reichenau zu errichten. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn auch jene Anstalt bezogen sein wird, noch kein einziger Kranker aus der Pforzheimer Anstalt entfernt werden wird.

Wie wir in dem Bericht des Herrn Berichterstatters schon gelesen haben, ist die Zahl der Geisteskranken von 976 Kranken im Jahre 1870 gestiegen auf 3518 Kranken im Jahre 1900. Die Bevölkerungszunahme in unserem Großherzogtum Baden beträgt innerhalb dieser Zeitperiode etwa 500 000 Seelen, also etwa den dritten Teil der früheren Bevölkerung des Großherzogtums, die Zunahme der Geisteskranken aber hat sich mehr wie verdreifacht, oder mit anderen Worten, die Bevölkerungszunahme beläuft sich auf etwa 33, die Zunahme der in den Anstalten untergebrachten Geisteskranken aber auf über 300 Prozent. Diese wahrhaft schrecklichen Zahlen sind

ein sehr bedenkliches Zeichen für unsere heutige Zeit und für unsere heutige Generation, und sie eröffnen keineswegs erfreuliche Aussichten für die Zukunft unseres Volkes.

Wir haben von dem Herrn Berichterstatter gehört, daß von sachverständiger Seite als Ursachen dieser tieftraurigen Erscheinung einmal die starke Nervenanspannung in unserem wirtschaftlichen Leben und zum anderen der Alkohol bezeichnet wird.

Was den Alkohol betrifft, so sehen wir allerdings, daß die Antialkoholbewegung in Deutschland immer mächtiger um sich greift, und daß die Wirkungen dieser Agitation sich bereits in vermindertem Wein- und Biergenuß bemerkbar machen, wie wenigstens die Bierbrauer, die Weinproduzenten und die Weinhändler glauben. Auch ich glaube schon beobachtet zu haben, daß unsere ältere Generation trinkfester war, wie die heutige. Wenn ich das sage, so will ich aber damit der Trunkucht gewiß nicht das Wort reden, denn mir persönlich war der Anblick eines betrunkenen Menschen immer einer der häßlichsten. Ich erinnere mich noch sehr wohl daran, daß, als ich vor nahezu 20 Jahren die Ehre hatte, in dieses hohe Haus einzutreten, und dann mit den Kollegen abends in das Krotobil ging (Geiterkeit), ich wahrhaft entsetzt war, über die kolossalen Quantitäten von Bier, die dort vertilgt worden sind (Geiterkeit). Ich hatte vorher Mühe und Not, einmal zwei Gläser fertig zu bringen, ich habe es aber auch etwas gelernt, ich habe es schließlich auch einmal auf vier oder fünf halbe Liter gebracht. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, daß damals wenigstens die meisten der Herren vor 1 Uhr nicht nach Hause kamen, und jetzt? — kaum ist 10 Uhr vorüber, so sieht man, wie der und jener heimlichweise auf die Uhr schaut, ob er noch nicht anständigerweise nach Hause gehen kann. Jene trinkfesten Männer waren teilweise wahrhafte Hünen, manche waren auch von geringerer körperlicher Beschaffenheit, allein es waren eben doch alle sehr tüchtige, geistig und körperlich tüchtige Männer.

Ich lese gegenwärtig ein Buch von dem Franzosen Guret, der etwa ein Jahr hindurch die deutschen Städte bereist hat, der nun seinen Landsleuten die Zustände in unseren deutschen Städten, namentlich auch in den Industriegegenden, beschreibt. Er ist voll Erstaunen über die gewaltige Ausdehnung unserer Industrie, über die Straßenpolizei, über die Reinheit und Schönheit unserer Städte und deren Anlagen. Er beschreibt seinen Landsleuten aber auch das Kneipleben in den verschiedenen Universitätsstädten. Und da habe ich zum ersten Male Kenntnis bekommen, daß außerhalb der Kneiplokale in den Höfen gewisse Zinntästen ständen; Herr Guret beschreibt den ganzen Vorgang über die Benutzung dieser Zinntästen und den Zustand der jugendlichen Herren vorher und nachher, ich will aber einen Schleier über dieses häßliche Bild decken. Man kann aber die erfreuliche Tatsache konstatieren (ich habe das schon oft gelesen und von sachverständigen Männern, die es wissen müssen, bestätigt gefunden), daß auch in den Kreisen der studierenden Jugend und in den Kreisen der jungen Offiziere die Antialkoholbewegung sehr große Fortschritte gemacht hat, und daß diese Leute heute viel mähiger und nüchternere sind, als sie in früheren Jahren waren.

Mit diesen Ausführungen wollte ich beweisen, daß der Alkohol nicht die einzige Ursache der zunehmenden Geisteskrankheiten ist. Die Arbeit an sich kann diese Zunahme aber auch nicht verschulden (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!), denn von der Arbeit, auch von der intensivsten Arbeit ist noch Niemand geisteskrank geworden. Ich erinnere mich noch sehr gut aus meiner Jugendzeit, wie unsere Schmiedemeister mit ihren Gesellen schon morgens von 4 Uhr ab beim nächtlichen Schein ihrer Feuer den

Hammer schwangen, und in meinem Gedächtnis klingt noch das Klappern der Holzschuhe, wenn in meiner Geburtsstadt Bahl mitten im Winter morgens um 6 Uhr die sogenannten Fabrikler in die Fabrik zogen. Man hat in früheren Zeiten härter gearbeitet wie heutzutage, und ich kann Sie versichern, daß ich mehr wie ein halbes Menschenalter hindurch einen Minimal-Arbeitsstag von mindestens 14 Stunden hatte, ich kann Ihnen mitteilen, daß ich von meinem 12. bis zum 14. Lebensjahre vormittags von 8 bis 12 Uhr in der Schule war und von 1 bis 10 Uhr nachts als Graveurlehrling in der Goldwarenfabrik arbeiten mußte, und doch bin ich davon gekommen, wie Figura zeigt. Man hat in jenen Zeiten mit der Arbeit früher begonnen und später mit ihr geendet als heute. (Abg. Fröhlich: Aber gemächlich hat man geschafft!) Das mag sein, man hat aber auch viel härter gelebt.

Ich suche also die Ursache der zunehmenden Geisteskrankheit auch noch in anderen Dingen, und zwar in dem Bestreben, mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel und möglichst schnell Geld zu verdienen, in der Genußsucht und der Großmannsucht, die durch alle Kreise hindurchgeht, in der Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage, die wir heute durch alle Stände hindurch bis obenhin verfolgen können, in der Sucht, immer nach oben und niemals nach unten zu schauen. Wenn ich vergleiche, wie hart und einfach, wie bescheiden und dürftig noch in den sechziger Jahren selbst für vermöglicher Leute gelebt haben, und wenn ich dann damit vergleiche unsere heutigen Bierpaläste, unsere Theater und Zirkusse, unsere elektrischen Wagen, unsere Luxuszüge, die Pferde- und Automobilrennen, die Gesangsvereine, Turnvereine, Schützenvereine und Feuerwehreinrichtungen, die Ruderklub, Fußballklubs, Schneeschuhlaufklubsfeste und tausend andere Vergnügungen — wenn ich mir das alles so vergegenwärtige, so kann ich manchmal die Unzufriedenheit, die in unserer heutigen Zeit so laut und so scharf zum Ausdruck kommt, gar nicht verstehen. Und schon manchemal dämmerte in mir die Ahnung und die Befürchtung auf, daß wieder einmal ein großes Unglück über unser Volk kommen müsse, damit es wieder zufriedener und bescheidener in seinen Lebensforderungen wird.

Der Abg. Brodman hat dieser Tage eine Rede beendet, und zwar unter meinem Beifall beendet, mit dem Satz: „Selbst ist der Mann!“ Dieses wahrhaft deutsche, herrliche Wort hat aber leider in unserer Zeit seine Bedeutung zum größten Teil verloren. Man ist jetzt gewohnt, nur zu klagen. Man erwartet von den Regierungen, vom Staate, von der Gesetzgebung mehr als von der eigenen Energie und von der eigenen mannhaften Arbeit. Wer aber gewohnt ist, schon von Jugend auf an allen Lebensgenüssen teilzunehmen, und wer nicht in ernster, stählender und belebender Arbeit nach den höchsten Gütern ringen muß, bei dem tritt sehr leicht Mutlosigkeit und Feigheit ein, er wird feminin, und dessen Seele wird, wenn sie auf Hindernisse und Widerwärtigkeiten stößt, die sie nicht mehr zu überwinden vermag, zusammenklappen wie ein Taschenmesser.

In diesen Verhältnissen und Erscheinungen suche ich einen erheblichen Teil der Zunahme unserer Geisteskrankheiten. Allein, wir können ja die heutigen Zustände nicht im Handumdrehen ändern. Wir sind eben genötigt, wenn auch unter den allerschwersten Opfern unsere armen Geisteskranken unterzubringen und zu versorgen.

Nun hat bereits der Herr Berichterstatter auf die wahrhaft traurigen Zustände in unserer alten Heil- und Pflegeanstalt in Pforzheim hingewiesen. Ich wollte Ihnen von meinen persönlichen Erfahrungen und Befürchtungen aus die Zustände dieser Anstalt ebenfalls

schildern. Da bekam ich aber von unserem Herrn Oberbürgermeister die Abschrift einer Petition, welche der Stadtrat von Pforzheim an das Gr. Ministerium gerichtet hat, und ich glaube, es kann gar nichts schaden, wenn mindestens ein Teil dieses Aktenstückes auch den Akten der Zweiten Kammer einverleibt wird. Ich werde mir deshalb erlauben, aus diesem Aktenstück Einiges vorzutragen. Es wird hierin ausgeführt:

„Inmitten der rasch aufstrebenden und verkehrsreichen Industriestadt Pforzheim — kaum hundert Schritte vom Verkehrszentrum, dem Marktplatz, entfernt — befindet sich ein auf den Mauern des früheren Dominikanerinnenklosters aufgebauter Gebäudekomplex, dessen unheimliches Aeußere jedem, der nicht von altersher daran gewöhnt ist, unangenehm auffallen muß. Dieser Gebäudekomplex, der im Laufe der Zeiten schon als Zuchthaus, als Waisenhaus und als Bijouteriefabrik gedient hat, beherbergt heute eine staatliche Heil- und Pflegeanstalt für unheilbare Irren. Unwillkürlich fragt sich hier der Fremde, wie es möglich ist, daß hinter diesen unfreundlichen Mauern Kranke dauernd untergebracht sein können, deren Leiden sie jahrein jahraus in die vier Wände verbannt. Wie viel mehr würde der Fremde erst erkennen, wenn er sich die Anstalt im Innern ansehen würde. Aus dem tiefgelegenen, mit Wasserläufen umgebenen Gelände erheben sich finstere, unheimliche Bauten, die noch sehr an ihre frühere Bestimmung, das Zuchthaus, erinnern und weit weniger an die neueren Errungenschaften der Hygiene und der Baukunst, an die jetzt bestehenden Bauvorschriften und die Grundzüge der staatlichen Wohnungskontrolle.

Ein großer Teil der Kranken- und Aufenthaltsräume des Erdgeschosses entbehrt jeglicher Unterkellerung und sitzt direkt auf dem feuchten Erdboden; unheimliche, feuchte Räume beherbergen hier Kranke, die wochen-, ja monats- und jahrelang ihre vier Wände nicht verlassen können. Andere Krankenräume befinden sich wegen Platzmangels auf dem Speicher. Trotz der weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln darf man garricht daran denken, welches Ende da ein Brandfall nehmen könnte. Es sollte nicht sein, daß der Staat, der an die Provinzial- und kommunalen und noch mehr an die privaten Krankenanstalten die weitgehendsten Anforderungen stellt, im Innern einer dichtbevölkerten und lärmenden Industriestadt solche Zustände noch auf die Dauer beläßt.“ (Sehr richtig!)

Es heißt dann in einem anderen Passus weiter: „Die Stadt Pforzheim ist nun eben dabei, mit den mittelalterlichen Zuständen der inneren alten Stadt aufzuräumen und durch Flußkorrektur, Trockenlegung von Flußläufen und durch Schwemmkanalisation die gesundheitlichen Verhältnisse zu verbessern, und da steht mitten darin die alte, längst nicht mehr zeitgemäße, staatliche Heil- und Pflegeanstalt mit ihren allen neuzeitlichen Errungenschaften widersprechenden Einrichtungen.“

Ich kann aus eigener Erfahrung noch beifügen, daß ich schon selbst mit angesehen habe, wie geistesranke Frauenzimmer auf der Fensterbrüstung standen, nur mit einem Hemd oder noch weniger bekleidet, und gegen das zahlreich versammelte Publikum, Männer und Frauen, Knaben und Mädchen, in widerlicher Weise gestikulierten und schrien.

Also diese Zustände sind wirklich traurig und sie werden von Jahr zu Jahr unhaltbarer. Das hat nun auch die Grob. Regierung in vollem Umfange erkannt, und sie ist bestrebt, so rasch wie nur möglich eine neue Anstalt zu errichten. Ich möchte die Grob. Regierung nur bitten, in diesem Bestreben mit aller Energie fortzufahren ohne Rücksicht auf die finanziellen Erfordernisse; denn es kann nicht mehr so weiter gehen. Ich bin aber auch von der

Großh. Regierung überzeugt, daß sie hierin ihre Pflicht tut und in möglichster Bälde zu dem Neubau einer Anstalt schreitet, die aber dann, wie ich hoffe, auf der Gemarkung Pforzheim außerhalb der Peripherie der Stadt gebaut wird. Ich habe bereits eingangs meiner Ausführungen erwähnt, daß die Baupläze, die früher von Pforzheim der Großh. Regierung zur Verfügung gestellt worden sind, von den Sachverständigen als ungeeignet bezeichnet worden sind. Inzwischen ist aber Brödingen mit seiner sehr großen Gemarkung eingemeindet worden, so daß ich glaube, wir können der Großh. Regierung nunmehr durchaus geeignete und gesunde Baupläze zur Verfügung stellen.

Hg. Armbruster (Zentr.): Seit Jahren beschäftigen den Landtag große Positionen für zwei Anstalts-Gruppen, deren ein geordnetes Staatswesen leider nicht entbehren kann: Irren- und Strafanstalten. Vor Jahren hat der frühere Herr Ministerpräsident Eisenlohr anlässlich der Debatte über Heil- und Pflegeanstalten tief beklagt, daß das Staatsbudget immer mehr belastet werde dadurch, daß man in den nächsten Jahren genötigt sei, neue Anstalten zu bauen. Wie richtig dies war, beweisen die uns bekannten Tatsachen. Bei jenem Anlaß hat derselbe auch über die Ursachen dieser Erscheinung gesprochen. Diese stehen in einem gewissen Zusammenhang. Auch die Berührungspunkte beider Institute liegen in der Tat nicht weit auseinander. Die Frage, ob im einzelnen Fall Seelenförderung oder Verbrechen vorliegt, hat die Wissenschaft der Psychiatrie schon lange aufgeworfen. Der große Kriminalist Feuerbach und viele andere Gelehrten haben sich mit der Psychologie des Verbrechens befaßt. Nur hinweisen will ich auf die kriminal-anthropologische Schule des Turiner Irrenarztes Cesare Lombroso. Neuzeitliche Erscheinungen in foro judicis forderten gerne heraus, über forensisch-psychiatrische Fälle zu sprechen, doch ich will die Debatte nicht verlängern. Die erwähnte Frage war zu allen Zeiten von großer wissenschaftlicher Bedeutung, aber ihre Beantwortung ist besonders auch praktisch wichtig nicht nur für die Psychiater sondern auch die Juristen, welche sich mit dem Strafrecht oder als Zivil- bzw. Vormundschaftsrichter mit der Entmündigung und Zwangsverziehung befassen müssen. Auf all diesen Gebieten verlangt die Frage ihre Beantwortung, die zu den schwierigsten Aufgaben zählt.

Die Begutachtung solcher Fragen heißt sehr oft eine langzeitige Beobachtung, was zumeist nur in geordneten Anstalten geschehen kann.

Seit Gründung der ersten Irrenheilanstalt in Deutschland ist man in weiten Kreisen immer mehr zur Erkenntnis gekommen, daß Geistesstörungen nicht nur für die erkrankte Person von größter Tragweite sind, sondern daß dies eine das öffentliche Wohl und Wehe jedes Einzelnen berührende Angelegenheit ist. Die Geisteskranken bilden nicht nur eine Gefahr für sich, sondern auch sehr oft für ihre Umgebung. Dies verlangt allgemeine Maßregeln wie gegen Verbrecher so gegen Geisteskrante, wenn auch nicht die gleichen. Sie sind aber auch schutz- und fürsorgebedürftig, welches Bedürfnis oft weder von der Familie, noch von einer größeren Gemeinschaft befriedigt werden kann.

Die psychiatrischen Aufgaben des Staates sind deshalb keine geringen. Die Erstellung und Unterhaltung der Anstalten ist eine Last. Der Staat muß deshalb darauf hinwirken, daß die Zunahme der Zahl der Geisteskranken sich verlangsame; er muß die Quellen des Irreseins ausschöpfen und sie nach Möglichkeit zu verstopfen suchen, also prophylaktisch sich betätigen. Die Psychiatrie kennt zugegebenermaßen die Ursachen großer Gruppen von Geistesstörungen nicht, oder solche sind dem staatlichen Eingreifen nicht zugänglich. Einige wichtige

und leider weit verbreitete Ursachen des Irreseins sind aber bekannt, deren Bekämpfung der Staat wie die Macht so auch die Pflicht hat. Der Herr Ministerpräsident Eisenlohr hat seinerzeit auch darauf hingewiesen. Es sind abgesehen von andern der Alkoholmißbrauch und die Syphilis.

Der Alkoholverbrauch in Deutschland ist ganz bedeutend. Der jährliche Bierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung ist

für das deutsche Zollgebiet und Luxemburg	117 Liter
" " Brausteuergebiet	98 "
" Bayern	232 "
" Württemberg	169 "
" Baden	157 "
" Elsaß-Lothringen, weil der Weinverbrauch groß ist, nur	88 "

Der Gesamtbierverbrauch stellt sich auf 88 826 000 Hektoliter. — Und im Rechnungsjahr 1904 verbrauchte das deutsche Volk 3 743 800 Hektoliter Branntwein, wovon nur 1 391 900 Hektoliter zu gewerblichen Zwecken verwendet wurden. — Die Einschränkung des Schankgewerbes wäre sehr zu empfehlen und vor allem sollte die Bedürfnisfrage mehr in den Vordergrund gestellt werden.

Das französische Amtsblatt veröffentlicht einen Bericht der Vorsteher der öffentlichen Irrenanstalten, wonach sich in diesen 71 247 Irren befinden. Von diesen Unglücklichen verbannten 9932 (und zwar 7062 Männer und 2870 Frauen) ihre traurige Lage dem übermäßigen Genuß von alkoholischen Getränken. Unter diesen Irren sind 4636 Männer und 1520 Frauen im kräftigen Alter von 20 bis 50 Jahren. Von 1897 bis 1907 hat die Zahl der Alkohol-Irren um 57 Proz. zugenommen. Infolge dieser Erscheinungen scheint Frankreich den Kampf gegen den Alkohol nun auch von Staatswegen aufnehmen zu wollen. In Zukunft ist nun den einzelnen Gemeinden die Zahl der Wirtschaften eingeschränkt auf drei für eine Einwohnerzahl von 600 Seelen, auf eine für eine solche von 200 Seelen und darunter. In Frankreich gibt es rund 500 000 Wirtschaften (in Paris allein 33 000). Auf 30 Franzosen (mit Ausschluß der Frauen und Kinder) kommt zur Stunde ein Wirtschaftshaus. Diese Zahl wird infolge des neuen Gesetzes erheblich herabgehen.

Der ursächliche Zusammenhang zwischen der Syphilis und der Paralyse ist nunmehr außer Zweifel gestellt. Die Zahl dieser Erkrankten ist nicht gering. So hat man in der Berliner Charité unter den geisteskranken Männern über 45 Proz. Paralytiker gezählt. Und Kräpelin stellt fest, daß im Jahr 1898 von den Aufgenommenen in die Heidelberger Klinik über $\frac{1}{4}$ an Paralyse litten. Wenn es gelingt, die gedachte Krankheit einzuschränken, so wird auch die Paralyse abnehmen, die als die häufigste und schwerste Geisteskrankheit gilt.

Obgleich die Privatirrenanstalten an Zahl zugenommen, so haben sich doch auch die öffentlichen Anstalten gemehrt. Kräpelin sagt: „In allen Gegenden des deutschen Reiches ist die Zahl der versorgungsbedürftigen Geisteskranken weit stärker angewachsen als die Bevölkerung, und die Ueberfüllung ist, von wenigen weit vorderen Landesteilen abgesehen, der gewöhnliche Zustand unterer meisten Anstalten. Zum Teil liegt das daran, daß jedes Land sich nur dann zum Bau einer neuen Anstalt zu entschließen pflegt, wenn die öffentliche Not aufs Höchste gestiegen ist.“

Das dürfte nach meinen Erfahrungen während meiner zehnjährigen Landtagstätigkeit auch bei uns ziemlich genau zutreffen.

Und so ist seit längerer Zeit im Bau begriffen die Anstalt bei Wiesloch, und kommt nun auch an die Reihe die Erbauung der Anstalt in Konstanz. Auch diese ist notwendig. Wenn man nun gern annehmen, ja zugeben will, daß die Versorgungsbedürftigkeit der Geisteskranken in Anstalten zugenommen hat, so steht das Anwachsen der Zahl der Geisteskranken doch ohne Zweifel im Zusammenhang mit unseren allgemeinen Lebensverhältnissen und den Tatsachen, welche der Herr Berichterstatter sowie der Herr Vorredner erwähnt haben, welche ich nicht wiederholen will.

Einer weiteren Rechtfertigung bedürfen die eingestellten Positionen nicht mehr, sie werden genehmigt, wie denn die Landstände immer bereit waren und sind, für diese Unglücklichen alles zu tun.

Sehr zu begrüßen ist, daß die vereinliche Betätigung unter staatlicher Mithilfe das Trinkenwesen einzudämmen bestrebt ist durch Gründung von Trinkerheilanstalten. Dem verdankt die Anstalt bei Menschen ihre Entstehung, welche unter ärztlicher Leitung der Anstalt Illenau steht.

Für diese vereinliche Tätigkeit sollten sich aber weitere Volkskreise interessieren, als dies der Fall ist. Es ist in dieser Hinsicht sehr zu bedauern, daß immer noch eine gewisse unverständliche, nahezu unüberwindliche Apathie besteht. Man sollte doch meinen, wo solche Notstände der Abhilfe dringend bedürfen, sollte der Zusammenschluß aller, welchen das Volkswohl am Herzen liegt, viel mehr einsehen. Auch die Teilnahme an den Antialkoholvereinen, auch soweit sie, wie zumeist bei uns, nur gegen das Uebermaß des Alkoholgenusses gerichtet sind, ist noch sehr schwach. Würden die Vereinschriften mehr gelesen, so würden die Vorurteile schwinden. Aber auf diesem Gebiet steht es wie auf jenem, welches der ländliche Wohlfahrtspflegeverein bebaut. So war ich sehr erstaunt, daß man in der Landwirtschaftsdebatte an die Großh. Regierung das Ansuchen stellte, sie möge Pläne für Schwarzwalddhäuser, welche dem Bedürfnis und dem Landschaftsbild entsprechen, zur Verfügung stellen lassen, während doch die Vereinszeitschrift „Dorf und Hof“ solche schon darbietet mit sachlicher Erklärung und wohl noch weitere mitteilen wird. Dasselbe hat auch das Vereinsblatt des Schwarzwalddereins getan. Das nur nebenbei.

Auch auf diesen Gebieten gilt, daß der Staat nicht alles leisten kann, sondern die Selbsthilfe tüchtig zugreifen muß. Die Entmündigung der Trinker bedeutet einen großen Fortschritt, namentlich wenn sie Anstoß gibt, daß auch der Staat eine Trinkerheilanstalt errichtet unter seiner Regide. Diese Frage wird leider auch dringend trotz der bereits bestehenden Privatanstalten, die sehr teuer sein sollen.

Nun möchte ich eine andere Frage streifen und der Großh. Regierung zur Erwägung anheimgeben.

Die Justizverwaltung hat seinerzeit einen guten Griff getan, als sie es einer Anzahl Assessoren ermöglichte, den Strafvollzug mit dem Geschäftsbetrieb in größeren Anstalten kennen zu lernen durch längere praktische Betätigung. Wie wichtig dies ist, habe ich durch eine längere Tätigkeit als Inspektor des Männerzuchthauses in Bruchsal wahrzunehmen Gelegenheit gehabt. Auch bei dem intensivsten Studium auf der Universität und der fleißigsten Praxis auf dem Gebiet der Strafrechtspflege hatten die meisten jungen Justizbeamten — gestatten Sie diesen Ausdruck — kein Dohllicht von dem internen Dienst einer solchen Anstalt. Nicht minder wichtig dürfte ein Kursus der Psychiatrie, theoretisch und praktisch geübt, in einer Heil- und Pflegeanstalt sein behufs Anleitung zur richtigen Würdigung krankhafter Geisteszustände.

Da Achern meine Heimat ist, hatte ich schon in jungen Jahren, namentlich durch den Umgang mit Söhnen von Anstaltsbeamten in Illenau — ich erwähne u. a. jene von Koller und Fischer —, nicht selten Gelegenheit, Geistesfranke zu sehen, zu hören, ihre Kunstfertigkeit auf Klavier und Violine bei Konzerten u. dgl. zu beobachten, zu bewundern, diese Unglücklichen aber auch sehr zu bedauern. Die Eindrücke, welche ich damals bekommen habe, sind in mir unauslöschlich haften geblieben. Auch manches, was den äußeren Betrieb betraf, konnte ich wahrnehmen. Es freute und freut mich immer wenn Kollegen, sich für die Anstalt interessierten, dessen langjährigen, ausgezeichneten und verdienstvollen Anstaltsleiter, Herrn Geh. Rat Dr. Schüle, ich persönlich zu kennen die Ehre habe, der unter treuer Mitarbeit tüchtiger Kollegen es verstanden hat, der Anstalt den über die Landesgrenzen hinausgehenden vorzüglichen Ruf zu erhalten und zu vermehren.

Jene Herren Kollegen, welche am Schluß eines früheren Landtages die Anstalt Illenau besichtigt haben, waren über das freundliche Entgegenkommen und die lebenswürdige Führung bei Besichtigung der Anstalt sehr erfreut und haben sicherlich bleibende Eindrücke mitgenommen.

Daß der Beruf des Irrenarztes ein sehr schwieriger ist, wurde schon vom Herrn Berichterstatter betont. Der immerwährende Verkehr des Arztes mit den Geisteskranken setzt, da er täglich die furchtbaren Zerstörungen, welche das Irren im Gefolge hat, ansehen und die oft schrecklichen Krankheitsäußerungen anhören muß, eine widerstandsfähige Konstitution voraus. Es gehört eine unerschöpfliche Opfer- und Arbeitsfreudigkeit dazu, sein ganzes Leben einem solchen Berufe zu widmen und sich ganz in den Dienst dieser Unglücklichen zu stellen, nie zu verzagen, wenn manchmal das ärztliche Wirken hoffnungslos ist. Dies trifft auch bei allen Beamten zu. Ich erachte es als eine Ehrenpflicht, allen, in welcher Eigenschaft sie auch in den Anstalten tätig sein mögen, öffentlichen Dank für ihre mühevollen und erprießliche Tätigkeit vor dem ganzen Lande auszusprechen.

Abg. Kösch (Soz.): Meine Fraktion hat mich beauftragt, über dieses Kapitel einige Ausführungen zu machen. Es ist zweifelsohne ein trauriges Kapitel, das hier zur Beratung steht, das Kapitel der Irrenanstalten oder, wie wir sie heißen, der Heil- und Pflegeanstalten. Traurig nicht allein für Baden sondern auch für alle anderen Kulturstaaten, die solche Anstalten zu verzeichnen haben. Und das Aller schlimmste ist, daß wir keine Abnahme, sondern Jahr für Jahr eine Zunahme der Kranken zu verzeichnen haben. Der Herr Abg. Wittum hat gemeint, es sei das einzig und allein auf den Kampf um das Dasein, die hastige Zeit, in der wir leben, zurückzuführen. Wir dürfen aber doch auch nicht vergessen, daß viele Geisteskrante, die früher sich draußen unter dem Volke bewegten, heute in die Anstalten verbracht werden. Die Behörden — wir können und dürfen das mit Freuden erklären — schreiten hier etwas strammer ein wie früher, und das wird wohl auch ein Grund sein, weshalb die Ziffer der Insassen der Irrenanstalten sich erhöht hat. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!)

Wenn wir prüfen, aus welchen Gesellschaftsschichten die Irren entstammen, so finden wir nicht allein die große Masse, die unteren Schichten des Volkes vertreten, sondern wir finden, daß die Irrenkrankheiten alle Schichten befallen und daß sogar die Träger von Königskronen von diesen Krankheiten nicht verschont bleiben. Weiter ist bemerkenswert, daß die beiden Geschlechter sich in dieser Beziehung fast gleich stellen.

Die traurigen Folgen der Krankheit zeigen sich oft im Selbstmord und im Mord Anderer. Wir haben ja leztlich in Freiburg einen ganz traurigen Fall erleben müssen, daß ein Mann auf offener Straße hinsteht — nach meinem Laienverständnis war dieser Mann zweifels- ohne von einem momentanen Wahnsinn befallen worden — und Leute niederschießt, die ihm nichts zuleid getan haben. Wir haben weiter den traurigen Fall in Allen- stein, wo ein Offizier einen Mord an einem Kameraden beging, wobei der Mörder, wie festgestellt wurde, an und für sich nicht geisteskrank war, aber unter dem Einflusse eines Weibes stand, das, wie man liest, anormal veranlagt sein soll. Der Wahnsinn führt oft auch zum Familienmord, schon oft wurde in einem Anfall von Verzweiflung die ganze Familie in einer Nacht von dem Vater oder der Mutter umgebracht.

Wir dürfen wohl ruhig aussprechen, daß unsere sozialen Mißverhältnisse draußen im Lande wohl die Hauptursache dieser Krankheit bilden und wohl auch noch lange bilden werden. Die Unsicherheit der Existenz, der Kampf um das Dasein nimmt ja heute erschreckende Formen an.

Nun hat der Herr Abg. Wittum gemeint, die Arbeit als solche sei es nicht allein, weshalb so viele Menschen vorzeitig zusammenbrechen; er habe früher von früh 6 oder 7 Uhr bis nachts 10 Uhr arbeiten müssen. Das war aber in der sog. guten alten Zeit, wo nicht mit dieser Hast und mit dieser Jagd gearbeitet worden ist wie heute. Heute wird viel intensiver gearbeitet. Wir stehen in ganz anderen Verhältnissen, in einer ganz anderen Zeit, und da ist es kein Wunder, wenn der Mensch und seine Nerven vor der Zeit versagen. Zu dieser intensiven Arbeit, die wir heute zu leisten haben, kommt auf der andern Seite noch die schlechte Bezahlung, namentlich in den untersten Ständen unserer Bevölkerung. Wieviele Fälle haben wir zu verzeichnen, wo die Ernährer der Familie wegsterben, der Vater oder die Mutter, so daß die Last nur noch auf einem Elternteil, bestenfalls auch noch auf den erwachsenen Kindern ruht! Daß in einer solchen Familie die Unterernährung Platz greifen muß, das liegt klar auf der Hand. Ich habe hier einen Brief vor mir liegen, ich will Ihnen nachher einige Stellen daraus verlesen, Sie werden hier ein Bild sehen von so krasser Art, daß es schlimmer gar nicht sein könnte. Und solche Fälle wie diesen haben wir hunderte, vielleicht tausende in unserem kleinen Baden zu verzeichnen.

Zum anderen ist die Frequenz der Irrenanstalten — es ist das auch schon angedeutet worden — auch darauf zurückzuführen, daß ein unmoralischer und unsitt- licher Lebenswandel in den besseren Kreisen, in den höchsten Kreisen unserer Nation leider Platz ge- griffen hat. Auf der einen Seite die Unterernährung, die Not und das Elend, wodurch der Mensch zusammen- sinken muß, wodurch seine Nerven gegenüber der heutigen Zeit nicht gewachsen sind, auf der anderen Seite zum großen Teil der Uebergenüß, das normwidrige Leben! Ferner muß der Alkohol als eine Haupt- ursache dieser Geisteskrankheiten bezeichnet werden. Dieser Anschauung stimmen auch wir ohne weiteres zu, wir, die Vertreter der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie hat ja schon auf verschiedensten Kongressen und auch auf Gewerkschaftstagungen dafür gesorgt, daß über die mo- derne Alkoholfrage Vorträge gehalten werden. Es wird nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der deutsche Parteitag und der deutsche Gewerkschaftskongress diese Frage offiziell behandeln werden und in dieser Beziehung eine offizielle Richtschnur gegeben wird.

Auch die Vererbung spielt mit. Es wäre vielleicht das allerbeste, sofern nachgewiesener Maßen in einer Familie Irrenkrankheiten vorgekommen sind, man auf irgend einem Wege dafür sorgen könnte, daß eine Ver- heiratung dieser Familienmitglieder nicht mehr stattfindet. Wenigstens wäre das meine Meinung.

Ich glaube also im Allgemeinen, die Materie der Irrenfrage beansprucht die größte Aufmerksamkeit des Parlaments und der Regierung, und ich kann mit Ge- nugtuung feststellen, daß auch unser badischer Staat nach dieser Richtung hin seine Mittel nicht versagt hat, wenn es gegolten hat, die Not, das Elend und die traurige Lage der hier in Frage kommenden Personen zu mildern und etwas zu heben. Wir finden in unserem Budget ja die hohe Ausgabe von 8534 940 Mk. für die laufende Budgetperiode. Gewiß eine gewaltige Summe! Hoffen wir, daß auch in der Zukunft diese Mittel nicht versagt werden, wenn es gelten sollte, auch weiterhin noch größere Summen für diese armen, unglücklichen Geschöpfe auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen! 3500 Kranke haben wir jetzt durchschnittlich in dem kleinen Baden. Wie durch einen Blitzstrahl sind hierdurch unsere Verhältnisse beleuchtet. Ein trauriges Merkmal unserer Zeit! Man hört vielfach vereinzelt draußen im Volksmunde die Meinung: Wäre es denn nicht besser, wenn man dem Staat, der offiziellen Gewalt, das Recht gäbe, diese traurigen, armen Geschöpfe, die ja in vielen Fällen nicht mehr zu heilen sind, auf irgend einem schmerz- losen Wege dem Tode nahezubringen? (Oho! im Zentrum.) Diese landläufige Redensart, ich erwähne sie nur, hört man hier und da draußen unter dem Volk (Abg. Dr. Schofer: Ringsche-Moral!). Ich befrworte sie nicht, sondern ich verweise nur darauf, daß man solches hört. Ich gebe zu, daß ein Mensch, der dem unheilbaren Wahnsinn verfallen ist, auf dieser Erde ein unglückliches, tieftrauriges Leben führt. Der Staat als solcher aber hat die Pflicht, auch hier nach dem Prinzip der huma- nität zu verfahren, und daß er das tut, das sehen wir an den riesigen Summen, die im Budget für diesen Zweck ausgeworfen sind. Ueber die Todesstrafe hört man oft sagen, es sei ganz richtig, wenn der Staat einen Mörder, der also einem anderen Menschen das Leben genommen hat, ebenfalls das Leben nimmt. Wir sind aber in Konsequenz der Anschauung, daß der Staat der Wächter der Humanität sein soll, Gegner der Todesstrafe und sagen, daß der Staat nicht das Recht hat, einem Menschen das Leben zu nehmen, weil er fähigerweise es ihm auch nicht gegeben hat.

Vor zwei Jahren haben wir die Wieslocher Anstalt bewilligt. Wir haben gesehen, welche groß- artige Anstalt dort gebaut worden ist. Die Anstalt hat uns äußerlich imponiert, aber im Innern zeigten sich uns sehr traurige Bilder. Ich habe vor zwei Jahren auch die Anstalt in Emmendingen besichtigt; auch sie ist äußerlich eine wunderbare herrliche Anstalt, aber das Bild im Innern kann natürlich mit dem Äußern nicht in Vergleich gesetzt werden. Es muß Aufgabe des Volkes, der Gesamtheit sein, die Mittel zu schaffen, die geeignet sind, dieser Irrenkrankheit unserer Zeit auf der ganzen Linie entgegen zu arbeiten. Ich glaube daher, daß wir mit der Sozialpolitik in allen Bundesstaaten, auch in Baden, ein etwas schnelleres Tempo einschlagen sollten, damit der Existenzkampf, der Kampf ums Dasein, mildere Formen annimmt.

Ferner muß die Unterrichtsverwaltung dafür sorgen, daß die Lehrerschaft in der Schule auf die Gefahren des Alkohols aufmerksam macht. Denn die Bekämpfung kann nicht erst einsetzen bei den Erwachsenen. Bei ihnen, die seit längerer Zeit schon gewohnt sind, Alkohol zu

genießen und als Genußmittel zu betrachten, würde eine solche Belehrung die Wirkung verfehlen. Wir müssen einsehen bei der Jugend, in der Schule in erster Linie, dann werden wir, wie ich glaube, später zu besseren Verhältnissen kommen.

Ich möchte noch auf etwas weiteres verweisen. Ich habe in verschiedenen Zeitungen und Abhandlungen gelesen, daß es durchaus nicht von Schaden sein könnte, wenn man schon in der Schule bei der reiferen Jugend anfangen würde, über das sexuelle Leben zu sprechen. Ich glaube, das könnte nicht schaden, denn ich habe schon hervorgehoben, daß nicht nur der Alkohol und der Kampf um die Existenz, sondern auch sittliche Momente eine Rolle bei den Ursachen des Irrens spielen.

Weiter will ich darauf verweisen, daß namentlich wir Arbeiter immer einen Kampf um öffentliche Lokale zur Abhaltung von Versammlungen führen müssen. Wenn die Arbeiterschaft sich versammelt, sich besprechen will, ist sie nach wie vor auf Wirtschaftslokale angewiesen, wo Alkohol konsumiert werden muß. Wir haben in Vörrach z. B. schon oft die Anfrage an die Stadt gerichtet, ob sie uns nicht städtische Lokale zur Verfügung stellen wolle, wo dann kein Alkohol genossen werden müßte. Aber unsere Bitte ist abgeschlagen worden in bezug auf politische Zusammenkünfte, und an anderen Orten müssen sehr große Summen bezahlt werden, um solche öffentliche Lokale zu erhalten. Ich glaube, da könnte man uns und anderen Korporationen entgegenkommen und den Kampf gegen den Alkohol unterstützen, in dem man eben die öffentlichen Lokale für solche Versammlungen zur Verfügung stellen wollte.

Die Armenverwaltungen müssen für ihre in dieser Irrenanstalt untergebrachten Pflinglinge 350 Mk. pro Kopf und Jahr bezahlen. Wenn sie nun erfahren haben, daß diese, wenn der Zustand sich gebessert hatte, zu ganz namhaften Arbeitsleistungen, z. B. zur Feldarbeit, herangezogen werden, so haben sie schon manchmal von der Anstalt verlangt, es möge entsprechend der Arbeitsleistung der Pflegezeit für den Pflingling ermäßigt werden. Dieses Ersuchen wird aber immer abgewiesen mit der Begründung, diese Arbeitsleistung gehöre zu den Heilmitteln. Es wird sogar gesagt, die Anstalten hätten das Bestreben, derartige Pflinglinge länger als notwendig festzuhalten. Beweisen wird man das nicht können, da die Anordnungen auf ärztlichen Gutachten beruhen. Aber es wäre angemessen, wenn in solchen Fällen den Gemeinden etwas angerechnet würde, da die Anstalt von solchen Kranken einen Vorteil hat, der dem Staat zugute kommt, während die Gemeinden nicht nur die Last für den Pflingling, sondern noch viel mehr für dessen Familie zu tragen haben.

Ich muß hier einen Fall ansprechen, der sich auf die Anstalt Illenau bezieht. Es ist dort schon seit geraumer Zeit ein Mann interniert, der eine Familie von fünf Kindern und einer Frau hat. Mir wurde eine ganze Reihe von Briefen zugesandt, welche von diesem Manne herrühren. In einem dieser Briefe steht, daß das zuständige Bezirksamt im vorigen Herbst der Frau die Erlaubnis erteilt hätte, ihren Mann in Illenau zu holen. Wahrscheinlich wird diese Erlaubnis erteilt worden sein mit Zustimmung der Anstaltsleitung, des Psychiaters der Anstalt Illenau, denn sonst hätte das Bezirksamt doch die Erlaubnis nicht erteilen können. Allein dieser Mann ist doch nicht herausgekommen und sitzt heute noch dort. Die Briefe des Mannes, die ich da habe, zeugen von einer ganz natürlichen Auffassung seiner Lage, sie zeugen davon, daß er Mitleid mit seiner Familie hat und darnach strebt, da er noch arbeitsfähig

ist, herauszukommen, um seiner Familie helfend zur Seite stehen zu können. Ich glaube, man sollte die Frage der Freilassung auf das allergenaueste prüfen, namentlich in einem solchen Falle, wo eine Familie mit fünf Kindern und einer Frau in Betracht kommt. Auch einen Brief der Frau, die im Seckreis lebt, an ihren Mann habe ich hier. Sie würden staunen, wenn ich ihn Ihnen ganz verlesen würde. Sie schreibt ihm, wie groß das Elend in ihrer Familie sei (das begreife ich ohne weiteres, daß es einer schwachen Frau unmöglich ist, mit fünf Kindern durch das Leben zu kommen), sie schreibt u. a.: „So mache ich nicht mehr lange fort, es ist bei uns Winter mit viel Schnee, wir haben 17–20 Grad Kälte. Ich weiß mir oft gar nicht mehr zu helfen. Wir werden noch Hunger leiden. Wir schlafen schon während des ganzen Winters kalt. Ich bin nicht in der Lage, Holz kaufen zu können. Eine Bittschrift kann ich nicht abfassen, das bringe ich nicht fertig.“ Sie sehen also, wie hier ein Mann, der unter Umständen entlassen werden soll, nicht freigelassen wird. Gewiß könnte das zu bedauerlichen Konsequenzen führen, wenn man einen Mann entlassen wollte, der andere Leute in Gefahr bringen könnte. Aber es kann doch vielleicht mitunter vorkommen, daß man die Frage der Freilassung etwas oberflächlich behandelt, und ich möchte bitten, daß da eine gewissenhafte genaue Prüfung durch die Anstaltsleitung und das Bezirksamt eintritt und, wenn das nicht hilft, daß das Ministerium selbst sich einer solchen Frage und einer solchen armen Frau annimmt. Wenn die Regierung etwas für diese arme Frau tut, so sind wir ihr gewiß dankbar dafür. Ich möchte aber auch den Abgeordneten, der diesen Bezirk vertritt, bitten, wenn er da oben hinaufkommt, einmal dieser Sache nachzuforschen und das Nötige zu tun, damit die Frau mit ihren Kindern aus diesem traffen Elend herauskommt.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch noch auf das Personal der Anstalt zurückkommen, denn es ist der Mühe wert, daß man auch dieser Leute gedenkt. Ich habe bis jetzt Ausführungen hierüber vermisst. Der Herr Kollege Ged hat es schon vor zwei Jahren ausgesprochen und wir sind uns vollständig einig darüber, daß die wissenschaftliche Tätigkeit der Psychiater auf einem hohen Niveau steht, und wir schließen uns auch in diesem Jahre diesem früheren Zeugnis wiederum an. Ihre Mission ist eine sehr hohe, aber nicht minder haben auch die Wärter der Anstalt eine hohe Aufgabe, die Leute, die fortgesetzt Tag für Tag, Stunde für Stunde in unmittelbarer Berührung mit den unglücklichen Opfern der Gesellschaft sein und mit ihnen sozusagen leben müssen. Ich glaube auch das Wärterpersonal hat einen Anspruch darauf, daß man ihre ideelle und materielle Stellung prüft, damit wir hier zu befriedigenden Zuständen kommen. Es wird auch bei diesem Personal ohne Zweifel so sein, daß, je zufriedener sie sind, sie in umso höherem Maße ihre segenspendende Behandlung den armen unglücklichen Geschöpfen zuteil werden lassen.

Gegen die wissenschaftliche Befähigung des Leiters der Anstalt Illenau, des Herrn Geh. Rats Schüle, haben wir nun durchaus nichts einzuwenden, aber es wird gesagt, daß er in verwaltungs-technischer Beziehung manchmal nicht so tolerant vorgehe, wie das Personal das von rechts wegen von ihm verlangen könne. Die Wärter haben ja zwar das Recht, sich zu beschweren, und der Herr Minister hat ja auch schon bei verschiedenen Gelegenheiten auf den Beschwerbeweg verwiesen, der jedem Beamten offen steht. (Ich will einschaltend bemerken, daß wir das Material nicht direkt von den Wärtern erhalten haben sondern erst aus zweiter Hand von Personen, die in verwandtschaftlichen Beziehungen zu diesen Leuten stehen.) Das Personal befürchtet aber, daß

wenn es den Beschwerdebeweg betrifft, es die Stellung verlieren könnte. Ich will nun nicht annehmen, daß die Regierung damit einverstanden wäre, daß diese Leute, wenn wirkliche Beschwerden vorgebracht werden, nachher chikanisiert werden. Aber könnte es vielleicht doch möglich sein, daß die Direktion auf das Personal einwirkt in dem Sinn, daß es den Beschwerdebeweg überhaupt nicht betritt, und daß sie, wenn es doch vorkommt, die Leute nachher chikanisiert oder gar entläßt. Wenn derartige auf Umwegen einem Abgeordneten zur Kenntnis kommt, so ist das kein Unglück. Wir Abgeordnete sind dazu da, die Verhältnisse zu prüfen. Ich meine, es tut auch nichts, wenn sich die Leute an einen Sozialdemokraten wenden, und man sollte mit der gegenteiligen Auffassung endlich einmal brechen. Wir wollen keine übertriebene Forderungen hier vorbringen, wenn wir solche Fragen aufwerfen, dann geschieht dies deshalb, weil wir dahin arbeiten wollen, daß berechnete Beschwerden abgestellt werden. Die Forderungen der Wärter in der Anstalt Jllenaun sind nicht materieller, sondern nur ideeller Natur. Sie verlangen keine Aufbesserung an Lohn, sondern ihre Wünsche laufen in der Hauptsache darauf hinaus, daß endlich einmal bei der Regelung ihrer freien Zeit Ordnung geschaffen wird. Hierauf legen sie den allergrößten Wert, und ich habe ein volles Verständnis dafür, daß diese Leute, die fortgesetzt Tag und Nacht mit Geisteskranken verkehren müssen, eine ausreichende Erholung nötig haben. Es wird gewünscht, daß ein Mann, der die ganze Nacht ohne Unterbrechung tätig war, den ganzen folgenden Tag frei bekommen soll und auch über seine freie Zeit selbst verfügen kann. Diese Leute wollen ein völliges Ausspannen aus ihrer Misere, sie verlangen, daß sie aus ihrer unseligen Umgebung einmal herauskommen, daß sie auch wieder andere Eindrücke genießen und sich einmal wieder als normale Menschen fühlen können. Sie sagen, der Schlaf in der Anstalt könne keine Erholung sein, und dafür habe ich volles Verständnis. Wo links und rechts die tollsten Geschichten passieren, wo die ganze Nacht hindurch Lärm vorhanden ist, da ist nicht an Schlaf zu denken. Ferner sagen die Leute, daß der alte Oberwärter in Jllenaun den Herrn Geh. Rat Schüle in einem rückständigen Sinne beeinflusse, und daß Herr Geh. Rat Schüle mit den Wärtern selber persönlich fast nie verkehre. Ich halte das auch für ein Un Ding. Wenn er denn doch der verantwortliche Direktor der Anstalt Jllenaun ist, dann soll er doch auch zuweilen Veranlassung nehmen, in direkte Beziehung zu seinen Wärtern, die doch keinen geringen Dienst zu versehen haben, zu treten. Es geschieht das auch in vielen größeren geschäftlichen Unternehmen.

Herr Schüle soll sich schon dahin ausgesprochen haben, er traue den Leuten nicht viel zu, er glaube, sie könnten ihre freie Zeit im Wirtshaus oder sonstwo zubringen, jedoch sie schließlich keine Erholung sondern nur eine Verschlechterung ihres Wohlbefindens erfahren würden. Wenn wir so viel Vertrauen zu den Wärtern haben, daß wir ihnen diese armen, unglücklichen Geschöpfe beinahe ohne weitere Aufsicht anvertrauen können und müssen, dann können wir auch so viel Vertrauen zu ihnen haben, daß sie genügende moralische Kraft besitzen, ihre freie Zeit richtig zu verwerten.

Ferner verlangen die Leute die Abschaffung der Kontrolluhr, sie sei weiter nichts als eine Chikane für die Wärter und kein Nutzen für die Kranken.

In Wiesloch seien die Verhältnisse anders wie in Jllenaun. Die Leute wünschen daher, daß die Regierung die Verhältnisse in Jllenaun persönlich an Ort und Stelle prüft.

Ferner sagen die Leute, wenn sie Urlaub gehabt hätten, müßten sie die Nachtwachen, die in die Zeit des Urlaubs fallen, nachholen. Ich meine denn doch, hiervon

müßte man Abstand nehmen. Die Folge des Urlaubs darf keine Verschärfung des übrigen Dienstes sein.

Bei Prüfung dieser Anstände nun möge die Regierung auch sich um die materielle Lage des Personals bekümmern. Wenn Sie die vorgebrachten Anstände beseitigen, erfüllen Sie damit einen hervorragenden Akt der Humanität und der Menschlichkeit! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dieterle (Zentr.): Von allen Seiten ist darauf hingewiesen worden, daß es eine unheimliche Erscheinung sei, in welcher Stärke die Zahl der Geisteskranken zugenommen hat und immer noch zunimmt, und zwar in ganz unverhältnismäßiger Weise gegenüber der Zunahme der Bevölkerung. Herr Abg. Wittum hat darauf hingewiesen, es sei eine 300prozentige Zunahme gegenüber der Zunahme der Bevölkerung. Ich glaube, es ist sogar noch hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben; er sind fast 400 Prozent. Ich weiß nun wohl, daß diese Angaben der Statistik nicht vollständig mit der wirklichen Zunahme der Erkrankungen zusammenstimmen. Schon der Berichterstatter, Herr Abg. Schofer, hat darauf hingewiesen, daß jetzt viele in die Anstalten aufgenommen werden, welche früher zuhause gepflegt worden sind, und der Herr Abg. Kösch hat gesagt, wir träfen jetzt viele nicht mehr auf den Straßen sondern in den Anstalten, welche eben früher nicht unter die Zahl der Irren gerechnet worden sind. Es sind eben jetzt alle Ausnahmebedürftigen in den Anstalten, und auch alle diejenigen, welche früher auf der Straße gefunden wurden, sind darin und trotzdem alle Aufnahmebedürftigen, im ganzen genommen, in den Anstalten untergebracht sind, haben wir eine ganz unverhältnismäßige Zunahme auch in den letzten Jahren. Der Herr Berichterstatter, Herr Abg. Schofer, hat darauf hingewiesen, wie durch die Autoritäten eine normale Zunahme auf 80 im Jahre festgesetzt war, wie aber die Zunahme im letzten Jahr bereits das Doppelte beträgt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Gedanken, den der Herr Abg. Kösch über eine eventuelle Entvölkerung der Anstalten geäußert hat, doch auf das allerentschiedenste zurückweisen, und ich muß dagegen protestieren (Abg. Kösch: Ich habe das nicht gewünscht!), daß gesagt worden ist, es werde draußen vielfach die Ansicht geäußert, man solle diese armen Unglücklichen einfach hinhorden. Es mag ja der eine oder andere rohe Mensch eine derartige Ansicht äußern; aber gegen die Behauptung, daß sie überhaupt nur von irgend einer größeren Anzahl Menschen geäußert würde, erhebe ich im Namen unseres ganzen Volkes den entschiedensten Widerspruch! (Beifall.)

Es wurde dann auf die verschiedenen Ursachen der Geisteserkrankung hingewiesen. Viele wurden angegeben, verschiedene andere sind noch zu erwähnen. Es wurde hingewiesen auf die erbliche Belastung. Ich weise auch darauf hin, daß nach dem Ausspruch von Autoritäten Ehen unter Blutsverwandten leider manchmal auch diese Erkrankung nach sich ziehen. Dann kommen verschiedene Umstände, für welche eben weder die Eltern noch sonst Jemand was kann. Das sind z. B. Gehirnverletzungen, Gehirnkrankheiten an und für sich, auch Erkrankungen des Rückenmarkes, überhaupt alle jene Krankheiten, welche eine große Entkräftung des Individuums nach sich ziehen. Eine solche Schwächung der ganzen Konstitution und insbesondere auch des Geisteslebens bedeutet oft den Anlaß zu manchen Krankheiten, es besteht auch manchmal für die Nachkommen wenigstens die Gefahr einer derartigen Krankheit. Darauf weist insbesondere der berühmte Psychiater v. Krafft-Ebing

hin. Dieser nennt dann aber weiter auch noch die Erziehung, und ganz besonders hebt er dann hervor Trunksucht und geschlechtliche Ausschweifungen. Wenn nun in dieser Beziehung der Herr Abg. Rösch dem das Wort redet, daß schon in der Volksschule sexuelle Aufklärung solle gegeben werden . . . (Abg. Rösch: Für die reifere Jugend!) — wie ich es verstanden habe, ist auch die Schule gemeint worden, (Abg. Rösch: Die reifere Jugend, von 12, 13 und mehr Jahren!) so kann ich ihm absolut nicht beipflichten, aus eigener Erfahrung und gestützt auf Autoritäten. Ich weise nur hin auf den berühmten Jugendfreund Förster in Zürich, der in seiner Jugendlehre ausgesprochen hat, daß jedes derartige Bild, wenn auch in erster Form in das jugendliche Herz hineingelegt, ungünstige Wirkungen zeitigen müßte; und er hat ferner ausgesprochen, was notwendig sei, das sei Abhärtung und Willensstärke (Ganz richtig!) und dem stimme auch ich vollständig bei.

Wenn es eine betrübende Erscheinung ist, daß die Zahl dieser Geisteskranken in so außerordentlicher Weise zunimmt, so ist es dagegen eine hocherfreuliche Tatsache, daß gerade bei uns in Baden in ausgiebiger Weise Mittel verwendet werden, um diesen Unglücklichen zu Hilfe zu kommen. Ich glaube, wir stehen so ziemlich an der Spitze der Länder in der Sorge für diese Unglücklichen. Und da begrüße ich es auch ganz besonders, daß, wenn auch der Verpflegungsbetrag in letzter Zeit erhöht werden mußte, doch durch die Regierungsverordnung vom 21. Dezember 1907 die Möglichkeit gegeben ist, armen Kranken und solchen, für welche arme Gemeinden aufkommen müssen, eine Ermäßigung unter dem Mindestbetrag zu gewähren. Dadurch werden manche Kranke eher der Wohltat dieser Anstaltspflege teilhaftig werden, als wenn eben diese Beträge in allen Fällen in der verordnungsmäßigen Weise getragen werden müßten; es ist eben Tatsache, besonders wenn Kranke längere Zeit in einer Anstalt sein müssen, daß sie für ihre Angehörigen und auch die Gemeinden, welche für sie bezahlen müssen, ich möchte sagen, zumteil unerwünschte Lasten bedeuten. Deswegen kann ich nur meinen Dank aussprechen, daß da auch Mittel und Wege gefunden sind, um diesem Uebelstande entgegenzutreten.

Es ist dann von der Entwässerung der Anstalt in Emmendingen die Rede gewesen, und die Antwort der Regierung auf die Frage der Kommission hat dahin gelautet, daß, wenn der Landtag auch die Mittel für einen Anschluß der Entwässerung an die Entwässerung der Stadt Emmendingen genehmige, dann die Regierung bereit sei, nach Vorlage eines bestimmten Planes diesem Gegenstande näher zu treten. Ich glaube, daß bei einer gemeinschaftlichen Entwässerung nur beide Teile gewinnen, und daß deswegen von Seiten des Landtages kein Widerspruch erhoben wird, wenn dem Antrage der Kommission entsprochen wird. Ich setze dabei allerdings voraus, daß auch die Stadt Emmendingen nicht den Löwenanteil der Lasten auf den Staat überwälzen wird, sondern daß auch darin ein gütliches, friedliches Abkommen getroffen werden wird.

Mit Genugtuung begrüße ich, daß in dem Voranschlage für die Anstalt in Konstanz auch eine Position für die Erbauung einer Kirche aufgenommen worden ist. Ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Bau auch zur Ausführung kommt, und daß er nicht zu klein erstellt wird, daß die Anlage gleich so getroffen wird, daß, wenn die Anstalt einmal vollständig belegt ist, auch genügend Raum in der Kirche vorhanden ist. Ferner möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß auch in Wiesloch und insbesondere in Emmendingen der Kirchenbau in Angriff genommen wird.

Was den Kirchenbau in Emmendingen anbelangt, so lastet auf ihm ein förmliches Verhängnis. Dieser Kirchenbau wurde schon im Jahre 1883 in den Bauplan aufgenommen und dieser Bauplan von der Ständeversammlung gebilligt. So sagt die Regierungsaantwort von 1894: „Von den nach dem ursprünglichen Bauplane, welcher die Billigung der hohen Ständeversammlung auch im Landtage 1883/84 erlangt hat, vorgesehenen Anstaltsgebäuden waren nunmehr noch zwei Pavillons, vier villenartige Gebäude, die Kirche, der Festsaal, das Direktionsgebäude und ein Wärterhaus zu erstellen.“ Und sie fährt dann fort: „Ferner soll von den programmäßigen Gebäuden nunmehr“ — also 1894 — „auch die Kirche mit Festsaal zur Ausführung gebracht werden. Der im Jahre 1889 zur Abhaltung des regelmäßigen Gottesdienstes beider christlichen Konfessionen im Werkstättegebäude eingerichtete provisorische Festsaal reicht, da gegen Schluß des Jahres 1893 Raum für 700 Kranke zur Verfügung stehen, der Krankenstand im Laufe des nächsten Jahres sich ohne Zweifel auch wirklich auf diese Höhe erheben wird, nicht mehr aus, die zum Besuch des Gottesdienstes befähigten Pflegelinge aufzunehmen. Eine entsprechende Erweiterung des Festsaales ist bei der Beschaffenheit des Gebäudes und der Unentbehrlichkeit der auf den Saal stoßenden Räume für wirtschaftliche Zwecke der Anstalt nicht tunlich, und ebensowenig steht in einem der anderen Anstaltsgebäude Raum zur Einrichtung eines für die nächste Zeit noch genügend großen Festsaales zur Verfügung. Es ist daher an der Zeit, Einleitung zum Bau der programmäßig in Aussicht genommenen Anstaltskirche zu treffen. Nach dem Ergebnisse der in dieser Hinsicht gepflogenen Erörterungen muß die Kirche, wenn sie dem einstufigen Bedürfnis der Gesamtanstalt genügen soll, Raum für 450 Sitzplätze erhalten.“ Eine trefflichere Begründung für die Notwendigkeit und das Bedürfnis der Erstellung dieser Anstaltskirche kann kaum gegeben werden, als damals von der Regierung gegeben wurde. Dementsprechend wurde damals auch eine Summe in das Budget aufgenommen und die Vollendung der Kirche auf das Jahr 1896 in Aussicht gestellt. Also die Geschichte dieser Kirche ist folgende: 1883/84 wird sie im allgemeinen Kirchenbauplan aufgenommen, 1894/95 soll nunmehr diese programmäßig vorgesehene Kirche in Angriff genommen werden und werden Mittel dafür eingestellt. 1896 soll sie vollendet sein. Aber das Jahr 1896 kommt: es ist nicht ein Spatentisch geschehen. Ja in der Budgetperiode 1896/97 geht das Budget sogar stillschweigend über diesen Gegenstand hinweg. 1897/98 erklärt die Regierung sogar, daß die Rate für Kirche und Festsaal heimfallen könne. 1899/1900 wird dann der Festsaal von dem Kirchenbau losgelöst und für sich allein hergerichtet, es wird für ihn eine Summe angefordert und bewilligt; und im Jahre 1901 wird er auch wirklich ausgeführt. In der Regierungserklärung wird sodann gesagt: Es ist in Aussicht genommen, in der nächsten Budgetperiode — das also war 1901/1902 — Mittel zur Erstellung einer Anstaltskirche in Anforderung zu bringen. Das Budget von 1902/1903 bringt aber keine derartige Anforderung und auch bis jetzt ist keine derartige Anforderung gestellt worden. Die Regierung erklärt sogar in dem gegenwärtigen Landtag, die Kirche solle gebaut werden, sobald die dringenderen Aufgaben des Ausbaues der Anstalt in Wiesloch und Konstanz zur Ausführung gelangt sein werden. Nun hat schon der Herr Berichterstatter und zwar mit Berufung auf Autoritäten darauf hingewiesen, daß, auch wenn diese Anstalten einmal vollständig ausgebaut sein werden, bei der ungeheuren Vermehrung der Zahl der Geisteskranken doch wieder neue Bedürfnisse zur Unterbringung dieser Unglücklichen an uns herangetragen werden. Wir stehen

also nicht an einem Zeitpunkt, wo wir sagen können, bis da und dahin sind alle Bedürfnisse so weit befriedigt, daß man an den Kirchenbau gehen kann. Denn ganz abgesehen davon, ob an die Erstellung einer neuen Anstalt gedacht werden müßte, wachsen bei den vorhandenen Anstalten die Aufgaben einfach unter der Hand. Wir sehen ja schon wieder bei Emmendingen: da kommt die Wasserversorgung und kommt die Kanalisation, — und so kommt immer wieder etwas. Wenn man also warten will, bis diese Bedürfnisse befriedigt sind, so wird man überhaupt nicht zu einer Kirche kommen.

Die Großh. Regierung hat schon im Jahre 1894 erklärt, daß bereits damals der provisorische Beisatz nicht mehr genüge — damals, bei einer Belegung von 700 Pflöglingen! —, sondern daß eine Kirche mit mindestens 450 Sitzplätzen notwendig sei. Dieser Beisatz muß heute noch genügen, obwohl nicht bloß 700, sondern 1474 Pflöglinge in der Anstalt sind. Und da sagt die Großh. Regierung, sie wolle zuwarten, bis die „dringenderen“ Aufgaben in Konstanz und Wiesloch zur Ausführung gekommen seien! Kann es denn eine dringendere Aufgabe geben als die, diesem schreienden Bedürfnis zu genügen? Man denke sich einen Raum von 153 Quadratmeter bei einer Bevölkerung von etwa 1800 Personen (das Dienstpersonal und dessen Familien eingerechnet)! Da kann ja der größte Teil keinen Platz finden, also am Gottesdienst nicht teilnehmen. Und da denke man sich die armen Kranken: Sie sind vom Heimweh geplagt, sie sind sonst in ihrem Gemüt niedergedrückt; ein feierlicher Gottesdienst aber erhebt sie, beruhigt sie, erbaut sie und erfrischt sie. Und dieses Moment darf man für die Heilung dieser Kranken gewiß nicht außer acht lassen. Es bildet bei Manchen sogar eine wesentliche Bedingung ihrer Besserung.

Ähnlich verhält es sich dann auch bei dem Wärterpersonal. Viele Wärter treten in den Dienst dieser Krankenpflege nicht aus irgend welchen weltlichen Motiven und nur um des Lohnes willen! Schon der Herr Minister Schenkel hat in der Sitzung vom 23. Mai 1902, nachdem er den Leitern der Anstalt den wohlverdienten Dank ausgedrückt hatte, sich dahin ausgesprochen: „Aber außer den Leitern müssen auch die Ärzte, die Wärter usw. ihre Aufgabe mit Eifer, mit vollem Herzen erfüllen. Es ist unter den heutigen Erwerbsverhältnissen manchmal recht schwer, das erforderliche Wärterpersonal zu finden.“ Das glaube ich, denn bei dem Wärterpersonal in diesen Anstalten ist ein ganz besonders großer Opfer-sinn erforderlich und manche dieser Wärter und insbesondere Wärterinnen treten gerade aus einem gewissen inneren Beruf, mit christlichem Opfersinn in diesen Anstalten den Kranken zu dienen, ein. Dieser christliche Opfersinn aber verlangt dann auch Nahrung und Pflege gerade auch dadurch, daß sie ihre religiösen Bedürfnisse in der richtigen Weise und ohne zu große Schwierigkeiten befriedigen können. Wenn nun aber nur ein solch kleiner Raum vorhanden ist, dann ist es einfach nicht möglich, daß auch das Wärterpersonal und seine Familien hier am Gottesdienst teilnehmen. Aber auch für die Angehörigen der Kranken ist es ein Anliegen, daß sie überzeugt sein können, daß für die religiösen Bedürfnisse ihrer Kranken gesorgt sei und diese in keiner Weise vernachlässigt werden.

Deswegen möchte ich die Großh. Regierung auf das Dringendste bitten, aus Rücksicht auf die Pflöglinge, aus Rücksicht auf das zahlreiche Anstaltspersonal und die Familien desselben, und aus Rücksicht auf die Angehörigen der Kranken diesen Anstalten überlassen müssen, alsbald an den Bau der Kirche in Emmendingen heranzutreten und diese Frage auch bei den Anstalten

Konstanz und Wiesloch in entsprechender Weise lösen zu wollen (Beifall beim Zentrum).

Abg. Pfefferle (natl.): Der Herr Berichterstatter Dr. Schöfer hat in seinem gedruckten Bericht wie auch in seinen heutigen mündlichen Ausführungen auf die große Zunahme der Pflöglinge in unseren Heil- und Pflegeanstalten — die im letzten Jahre über 170 betragen hat — schon hingewiesen. Daß dies zu denken gibt, ist begreiflich, denn man braucht nur zu erwägen, daß der Maximalsatz der Belegungsfähigkeit einer Heil- und Pflegeanstalt durchschnittlich höchstens 1200 Plätze betragen kann, und daß somit — wenn die Zunahme der Geisteskranken auch fernerhin in dem gleichen Umfange wie bisher stattfinden wird — das auftretende Bedürfnis eigentlich verlangen würde, daß wir alle sieben bis acht Jahre eine neue Anstalt errichten. Wie damit die finanzielle Belastung des Staatshaushaltes steigen würde, gibt gewiß Anlaß zu ernstlichen Betrachtungen.

Es sind schon vielerlei Gründe erörtert worden, die zu dieser starken Zunahme des Krankenstandes geführt haben; weil sie so ausführlich dargelegt worden sind, will ich nicht weiter darauf eingehen, ich möchte aber meinerseits betonen, daß, wie ich auch schon auf früheren Landtagen ausgeführt habe, dieses Anwachsen zum großen Teil seine Ursache in dem Umfange hat, daß jetzt nach und nach alle Geisteskranken den staatlichen Anstalten zugeführt werden. So unerfreulich daher an und für sich die Belastung des Staatshaushalts ist, so erfreulich ist es für die armen Kranken, daß die richtige Einsicht von dem Wesen der Geisteskrankheit in unserer Bevölkerung immer mehr zum Durchbruch gelangt, und, was gewiß durch den neugegründeten Verein für entlassene Geisteskranken noch mehr gefördert werden wird, die Einsicht, daß eben dadurch, daß die Geisteskranken rechtzeitig in eine staatliche Anstalt, in die beste Pflege gebracht werden, die Heilung derselben eher möglich sein wird.

Recht dankbar muß auch ich anerkennen, daß die Großh. Regierung rechtzeitig und in umfassender Weise unter Aufwendung großer Mittel bereit ist, in der Fürsorge für unsere Geisteskranken sich zu betätigen, was auch aus dem jetzigen Budget wieder hervorgeht. Der Mehraufwand für die Heil- und Pflegeanstalten ist ja in der neuen Budgetperiode sehr groß, er beträgt 1 317 460 M., und es trifft ein großer Teil davon auf den persönlichen Aufwand, hervorgerufen insbesondere durch die Errichtung vieler neuen Stellen. Es sind 35 etatmäßige und 121 nichtetatmäßige Stellen weiterhin vorgesehen.

Besonders beachtenswert ist auch die Vermehrung der Arztstellen, worauf ich auch meinerseits hinweisen möchte. Im ganzen werden 3 neue Arztstellen errichtet, und es wird dadurch die Zahl der Ärzte von 26 auf 29 erhöht. Es werden dabei von den bisherigen Arztstellen 5 weitere als etatmäßige Stellen im Budget vorgesehen. Diese Vermehrung der Arztstellen überhaupt und der etatmäßigen Stellen im besonderen ist sehr zu begrüßen und dankbar anzuerkennen. Doch möchte auch ich, gleich dem Herrn Berichterstatter, die Frage aufwerfen, ob es nicht gerechtfertigt wäre, auf diesem Weg noch weiter zu schreiten. Es sollte dies einmal schon in Würdigung des schwierigen und aufreibenden Dienstes der Anstaltsärzte geschehen, dann aber auch, um die tatsächlich vorhandenen Mißstände endgültig abzustellen, die eben darin bestehen, daß die Arztstellen nicht immer alle besetzt sind. Wie aus dem Kommissionsbericht ersichtlich ist, sind von den im letzten Budget vorgesehenen 16 nicht etatmäßigen Arztstellen Ende des Vorjahres nur 11 besetzt gewesen und zwar deshalb, weil keine Bewerber hervorgetreten sind. Es liegt auf der Hand,

daß das für die Krankenpflege und für die Anstaltsärzte selbst sehr mißlich ist. Erst in letzter Zeit sollen sich drei weitere Ärzte gemeldet haben, während ein Hilfsarzt in Forzheim gekündigt hat. Diese Mißstände sind umso bedenklicher, weil auch die vorgeesehenen Stellen für die Medizinalpraktikanten nur sehr schwach besetzt sind. Diese Medizinalpraktikanten können die Anstaltsärzte in ihrer Tätigkeit wesentlich unterstützen. Von den 17 vorgeesehenen Praktikantenstellen sind aber nur 3 besetzt. Auch in dem Jahresbericht der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen ist der Wunsch nach Sicherstellung des Arztpersonals durch Errichtung etatmäßiger Stellen hervorgehoben, da ein längeres Verbleiben der Ärzte im Interesse der Anstalt sowohl als der Kranken gelegen wäre. Nur dann, wenn recht viele etatmäßige Stellen vorhanden sind, werden die Herren Ärzte sich dazu entschließen, sich ständig diesem schweren Anstaltsdienst zu widmen. Die Großh. Regierung sollte daher, so dankenswert es ist, daß sie auf diesem Gebiete durch Errichtung von fünf neuen etatmäßigen Stellen im jetzigen Budget vorwärts geschritten ist, ihr Augenmerk darauf richten, im nächsten Budget in dieser Beziehung noch weiter vorzugehen.

Sehr begrüßt habe auch ich es, daß die Großh. Regierung zu dem Entschluß gekommen ist, dem Wärterpersonal der Heil- und Pflegeanstalten nunmehr Dienstkleidung zu beschaffen. Das bedeutet eine finanzielle Besserstellung dieses Personals, eines Wartepersonals, von dem unbedingt ausgesprochen werden muß, daß es ein äußerst pflichtgetreues und dienstlich außerordentlich belastetes ist, dem diese Besserstellung wirklich zu gönnen ist. Ich will hoffen, daß im neuen Gehaltstarif der Wunsch des Wärterpersonals, dem ich im letzten Landtag Ausdruck gegeben habe, daß es in seinen Gehaltsverhältnissen jenem der Strafanstalten gleichgestellt wird, auch zur Geltung gelangen wird.

Der sachliche Mehraufwand ist ebenfalls sehr namhaft, wie wir im Bericht gelesen haben. Es handelt sich um eine Mehrbelastung von 837 420 M., die insbesondere durch die höheren Verpflegungskosten hervorgerufen ist. Wenn sich nunmehr die Großh. Regierung vermöge des Umstandes, daß der Aufwand durch die Teuerungsverhältnisse eben tatsächlich so groß geworden ist, dazu entschließen mußte — wenn auch zögernd, wie im Bericht zu lesen —, die Verpflegungsbeiträge der Kranken ebenfalls zu erhöhen, so ist das begreiflich. Aber auch ich möchte wie der Herr Vorredner meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Großherzogliche Regierung, wie seither, so auch fernerhin bereit ist, minderbemittelten Selbstzahlern und Armenverbänden möglichst entgegenzukommen. Das liegt nach meinem Dafürhalten ebenfalls im höchsten Interesse der armen Kranken selber, weil sie dadurch eher in die Krankenanstalt hineinkommen und eher darin verbleiben können. Auch ich hatte Gelegenheit zu beobachten, daß ab und zu Armenverbände, wenn die Krankheit lange anhält und die Kosten sehr groß geworden sind, den Versuch machen, die Kranken wieder in die Heimat zurückkommen zu lassen, was gewiß nicht im Interesse der Kranken gelegen ist. Deshalb begrüße ich dieses Vergehen der Großh. Regierung und möchte bitten, daß sie die bezüglichen Bestimmungen immer recht wohlwollend handhaben möge.

Im außerordentlichen Etat sind zwei Positionen bezüglich der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen eingestellt, die die bestehenden Verhältnisse verbessern sollen. Die erste Anforderung mit 52 500 M. bezweckt eine Verbesserung der Wasserversorgung der Anstalt insofern, als die Entnahme von weichem

Wasser, die seither aus dem Brettenbach unmittelbar oberhalb der Anstalt erfolgte, abgeändert werden soll, um für die Kesselheizung, für die Wäscherei und für die Badeeinrichtung genügend weiches Wasser zu erhalten. Das Wasser soll als Grundwasser auf einer Wiese in der Nähe des Kollmarsreuter Elzwehres gewonnen werden und durch eine besondere Leitung der Anstalt zugeführt werden. Ursprünglich bestand die Absicht, oberhalb der Anstalt Wärmebecken für die Freibäder zu errichten. Man hat nun aber, wie man aus der Regierungsmitteilung ersehen kann, vorläufig davon Abstand genommen, da ein weiterer Kostenaufwand mit 17 000 M. entstanden wäre und diese Anlage weniger dringlich erscheint. Eine Verbesserung der Trinkwasseranlage haben wir früher bewilligt, und es ist gutes Trinkwasser in reichlicher Menge vorhanden. Wenn nun auch diese Neuanlage ausgeführt sein wird, so werden die Wasserverhältnisse für die Anstalt Emmendingen in vollkommen genügender Weise geregelt sein. Eine zweite Anforderung von 45 000 M. bezweckt die Verbesserung der Kanalisation der Anstalt. Diese Anforderung ist schon deshalb zu begrüßen, weil dadurch Bedenken beseitigt werden, welche in der Stadt Emmendingen hervorgerufen sind und welchen ich auch auf dem letzten Landtag Ausdruck verliehen habe, Bedenken nämlich dahin, daß durch die derzeitige Einleitung der Anstaltsabwässer in den Brettenbach, der nachher durch die Stadt fließt und der zeitweise wenig Wasser führt, vorab in trockenen Jahrgängen und insbesondere, wenn etwa einmal eine Epidemie in der Anstalt ausbrechen sollte, für die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Nachteile entstehen könnten. Aus den Mitteilungen des Erläuterungsberichts zum Projekt selbst ist ersichtlich, was der Herr Berichterstatter schon erwähnt hat, daß die vorhandenen beiden Sammelkanäle der Anstalt, die jetzt unterhalb der Anstalt in den Brettenbach eingeleitet werden, zunächst in eine Kläranlage, die unmittelbar unterhalb der Anstalt errichtet wird, eingeführt werden sollen. Damit wird bezweckt, eine mechanische Reinigung des Abwassers durchzuführen. Eine biologische Reinigung sei deshalb, weil sie im Bau und Betrieb sehr teuer wäre, nicht zu empfehlen. Von diesem Klärbecken soll nunmehr eine eigene Rohrleitung zunächst auf dem rechten Ufer des Brettenbachs, teils durch noch neu anzulegende städtische Straßen ausgeführt werden. Sie soll dann an der Stelle, wo der Gewerbefanal unter der Eisenbahn durchgeführt wird, auf das linke Ufer gebracht werden und schließlich unterhalb der Schützenbrücke in die Elz eingeführt werden. Die Mündung des Auslaufs in die Elz muß der Gefällverhältnisse wegen so durchgeführt werden, daß die Sohle des Kanals etwa 1,10 m über der Sohle der Elz angebracht wird. Die Mündung des Kanalrohrs ist bei Hochwasser mit einer Hochwasserverschlussklappe zu versehen, weil sonst die Hochwasser der Elz sich in den Kanal zurückstauen könnten, was große Bedenken hätte. Es müßte daher in der Zeit von Hochwasser, das Abwasser der Anstalt in den Brettenbach hineingeleitet werden. Es würde also damit der Zustand, wie er jetzt vorhanden ist, einfach wieder hergestellt. Wenn nun dieser Zustand auch nicht oft vorkommen wird, Hochwasser ist ja nicht so oft zu erwarten, so würde doch der auch in dem Jahresbericht der Anstalt erwähnte Wunsch, daß eine vollständige Trennung der Abwasser- verhältnisse der Anstalt und der Stadtverhältnisse in der Stadt Emmendingen durchgeführt werde, wieder nicht erfüllt sein. Aus demselben Grunde bezeichnet auch der Erläuterungsbericht zum Plan selbst die geplante Anlage als nicht ganz unanfechtbar; auch sei die Einleitung der nur mechanisch gereinigten Abwasser in die Elz nicht als vollkommen einwandfrei zu bezeichnen. Schließlich wird dann in dem Erläuterungsberichte der Großh.

Kulturinspektion Freiburg darauf hingewiesen, daß eine biologische Reinigung des Abwassers sich unter Umständen leichter herbeiführen ließe, wenn eine gemeinsame Anlage für die Anstalt und die Stadt Emmendingen geschaffen würde. Die Stadt Emmendingen hat auch schon im letzten Sommer ein entsprechendes Gesuch an die Großh. Regierung gelangen lassen, und es hat daraufhin die Großh. Regierung in dankenswerter Weise eine Untersuchung dieser Verhältnisse durch die technische Behörde angeordnet. Dieselbe ist leider noch nicht zum Abschluß gebracht. Ich bin der Großh. Regierung recht dankbar für dieses Entgegenkommen gegenüber der Stadt Emmendingen und zweifle nicht, daß die Durchführung einer gemeinschaftlichen Kanalisation im Interesse beider Teile liegen würde. Die Großherzogliche Regierung hat sich auch der Budgetkommission gegenüber dahin geäußert, daß sie ihrerseits, falls die Kosten des Anschlusses der Anstalt an die städtische Kanalisation im Rahmen der für die selbständige Durchführung einer Kanalisation, wie sie hier im Budget vorgesehen ist, bleiben, und wenn die Landstände ihr hierzu Ermächtigung erteilen werden, geneigt wäre, die für die selbständige Kanalisation der Anstalt vorgesehenen 45 000 Mark der Stadt Emmendingen als Zuschuß zu einer die Anstaltsabwasser mitführenden städtischen Kanalisation zu überlassen. Dabei hat die Großh. Regierung aber den Vorbehalt gemacht, daß einmal die städtische Kanalisation noch im Laufe dieser Budgetperiode begonnen würde und längstens in der nächsten Budgetperiode wenigstens soweit durchgeführt sein müßte, daß die Abwasser der Anstalt durch diese neue Kanalisation abgeführt werden können. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse entsprechen diese Vorbehalte der Großh. Regierung auch den Wünschen und den Absichten der Stadtverwaltung Emmendingen, die eine baldige Inangriffnahme dieses für die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Emmendingen wichtigen Unternehmens in Aussicht genommen hat.

Recht dankbar bin ich aber auch der verehrlichen Budgetkommission, daß sie in so freundlicher Weise dem von der Großh. Regierung beabsichtigten Entgegenkommen gegenüber der Stadt Emmendingen beigetreten ist und dadurch dieser Stadt auch ihrerseits eine anerkennenswerte und wohlwollende Unterstützung gewährt hat. Die Kommission hat den Antrag gestellt, es möchte mit Rücksicht auf die technischen Mängel des selbständigen Projektes eine nochmalige Prüfung dahin eintreten, ob die Entwässerung nicht in Gemeinschaft mit der Stadtgemeinde Emmendingen und der Großh. Eisenbahnverwaltung noch besser ausgeführt werden kann. Wird eine diesbezügliche Einigung erzielt, so beantragt die Kommission die Genehmigung der Position auch für die gemeinsame Kanalisation. Ich zweifle nicht, daß das hohe Haus dem Antrag der Budgetkommission beitreten wird, und möchte ich meinerseits darum bitten. Mit dieser Beschlusse gefaßt und sind die technischen Vorarbeiten fertiggestellt, so bin ich überzeugt, daß ein Einverständnis zwischen Staat und Stadt zustande kommen wird. Die Budgetkommission hat in ihrem Antrag darauf hingewiesen, daß auch die Großh. Eisenbahnverwaltung beigezogen werden sollte, weil in Emmendingen ein neuer Bahnhof erstellt wird, der ebenfalls an die städtische Kanalisation angeschlossen werden könnte. Sollte sich aber bei Prüfung der Kostenanschläge zeigen, daß die Einleitung der Anstaltswasser in die städtische Kanalisation etwas höher zu stehen kommt, als hier im Budget für die besondere Anlage vorgesehen ist, so dürfte das wohl kein Grund sein, das Scheitern des Planes der gemeinschaftlichen Anlage herbeizuführen. Es ist doch darauf hinzuweisen, daß, wie ich aus den eigenen Erörterungen des Projektes gezeigt habe, die vom Staate beabsichtigte besondere Kanalisation keine nach allen

Seiten befriedigende sein kann, daß aber die Stadt die Absicht hat, entweder eine biologische Reinigungsanlage oder eine Verinselungsanlage erstellen zu lassen. Es darf daher gewiß erwartet werden, daß auch bei einem gegenüber dem jetzigen Voranschlag allenfallsigen kleinen Mehraufwand das Zustandekommen des Gemeinschaftsprojektes nicht in Frage gestellt wird, da die Großh. Regierung und die Stände allezeit den Gemeinden gegenüber ein warmes Interesse gezeigt haben.

Schließlich möchte ich auch noch mit einem Wort auf den Wunsch der Erbauung einer Anstaltskirche in Emmendingen zurückkommen, von dem der Herr Berichterstatter wie auch der Herr Vorredner gesprochen haben. Ich selbst habe diesen Wunsch auf dem Landtag schon öfter vorgetragen und möchte mich demselben auch heute anschließen. Im Berichte habe ich gelesen, daß die Großh. Regierung diese Kirche erstellen will, sobald die dringenderen Bauten in Wiesloch und Konstanz fertiggestellt sind. Ich bin der Meinung, daß man vielleicht wohl warten könnte, bis die Anstalt in Wiesloch in der Hauptsache erbaut ist; aber wenn man warten will, bis auch die Konstanzer Anstalt erstellt ist, dann wird es noch recht lange dauern; da sollte doch vorher mit dem Bau begonnen werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Vinz (natl.): Das Zrennwesen im Deutschen Reich und in den einzelnen Bundesstaaten hat im Verlaufe der Jahre wiederholt im Vordergrund des öffentlichen Interesses gestanden. Gewisse Vorkommnisse haben das veranlaßt. Im Anschluß daran ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob die staatliche Ordnung des Zrennwesens auf der Höhe der Zeit steht. Es ist der Wunsch nach reichsgesetzlicher Regelung des Zrennwesens laut geworden. Sollte das nicht möglich sein, so wäre wie mir scheint, eine Landesgesetzliche Regelung wohl angebracht. Abgesehen von gewissen Bestimmungen unseres Bürgerlichen Gesetzbuches, ist das Zrennwesen im großen und ganzen durch Verordnungen geregelt. Es handelt sich aber hierbei um so wichtige, die Freiheit der Person betreffende Vorschriften, daß man wohl auch in Konsequenz der Behandlung ähnlicher wichtiger Materien auf dem Gebiete des Rechts und der Verwaltungsgebiete einer gesetzlichen Regelung näher treten sollte. Ich wäre der Großh. Regierung dankbar, wenn sie über ihre Stellungnahme hierzu uns Auskunft geben wollte.

Der Herr Abg. Kösch hat im Zusammenhang mit der Besprechung von Anliegen des Wärterpersonals Angriffe gegen den ersten Direktor der Seil- und Pflügeanstalt Illena gerichtet. Ich halte mich für verpflichtet und übernehme diese Pflicht gern, diesen Vorwürfen entgegenzutreten. Wer den Herrn Geh. Rat Schüle persönlich kennt und die Art und den Geist, in welchem er seine Aufgabe obliegt, der wird es sich doppelt oder dreifach überlegen, bevor er auf Grund von, wie ich glaube, nicht zuverlässigen Informationen solche Vorwürfe gegen einen Mann erhebt, dessen Herzensgüte und humane Gesinnung jeder erkennt, der ihm einmal näher zu treten in der Lage war.

Der Dienst des Wärterpersonals ist außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll, er ist wahrlich auch nicht angenehm. Wir haben allen Anlaß, dem Personal mit dem größten Wohlwollen entgegenzukommen, und wo Beschwerden hervortreten, die den Dienst zu beeinträchtigen drohen, denselben abzuwehren. Das Personal muß namentlich so gestellt sein, daß es seinen Dienst mit Berufsfreudigkeit erfüllen kann. Der Herr Abg. Kösch hätte es unterlassen sollen, in dieser Beziehung Vorwürfe nach irgend einer Seite zu erheben. Er hat doch aus den Mitteilungen des Herrn Berichterstatters entnehmen können,

daß wir in der Budgetkommission die Anliegen des Wartepersonals auf das eingehendste behandelt haben. Da ist es doch durchaus unangebracht, aus dem Umstande, daß ein Redner auf die Angelegenheit nicht nochmals zu sprechen kommt, den Schluß zu ziehen, daß er den Anliegen kein Interesse entgegenbringt. Ich muß also den Vorwurf des Abg. Rösch, der auch meinen Freund Wittum treffen mußte, umso mehr zurückweisen, als auch die Beratung der Gehaltsordnung Gelegenheit geben wird, über die Lage des Wartepersonals sich auszusprechen; zweifellos wird dies auch in der Kommission schon geschehen. (Abg. Rösch: Es schadet aber auch nichts, wenn man jetzt schon darauf hinweist!) Ich mache dem Herrn Abg. Rösch daraus keinen Vorwurf, daß er eine Beschwerde, die ihm mitgeteilt wurde, vorgebracht hat, aber daraus mache ich ihm einen Vorwurf, daß er seinen Vorrednern deshalb das Interesse für die Anliegen der Leute absprach, weil sie dazu nicht auch gesprochen haben.

Es wurde darüber geklagt, daß die Zahl der Geisteskranken in unserem Lande ausweislich der Statistik der Anstalten so sehr zunehme. Das ist in der Tat eine sehr betrieblende Erscheinung. Es ist aber auch mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ein vorbehaltloser Schluß auf eine Verschlimmerung der Zustände in unserem Volk auf diesem Gebiete daraus allein doch wohl nicht gezogen werden kann. Heutzutage greift die Ob- sorge für solche arme Kranken in vielen Fällen schon ein, wo man früher sie der Gemeinde oder — der Strafe überlassen hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wer ab und zu einmal über die Grenzen unseres Landes, über die Grenzen Deutschlands, hinauskommt — ich verweise auf Distrikte in Tirol, wo ich das erlebt habe —, wird finden, wie da und dort solche Kranke, die bei uns längst der Anstalt übergeben worden wären, auf der Straße herumlungern und den Leuten zur Last fallen. (Sehr richtig!) Und dann ein Zweites: So schreckhaft der Einblick in diese Anstalten ist, wo die Aermsten der Menschen wohnen — viel von dem Schreckhaften, das früher der Anblick hatte, ist heute doch, dank den Fortschritten in der Einrichtung und dem Dienste der Anstalten, geschwunden. Nicht selten kommt es vor, daß Männer und auch Frauen, die sich geistig krank fühlen, sich freiwillig demselben zur Pflege und Heilung anvertrauen. Wenn wir auf die tiefen Schatten hinweisen, die dieses Gebiet der staatlichen Tätigkeit naturgemäß begleiten, so dürfen wir doch auf der anderen Seite auch mit Befriedigung hervorheben, daß hier der moderne Staat wahrhaft Menschenwürdiges und Großes leistet.

Die Ursachen der Zunahme der Geisteskrankheit sind verschiedentlich besprochen worden.

Der Alkoholismus ist gewiß (das bestätigen ja alle Fachmänner) eine Hauptursache der Geisteskrankheit, das Uebermaß im Alkoholgenuß, das nicht nur den Körper, sondern auch den Geist des Menschen zerrütet. Ich halte es aber für verfehlt, angesichts dieser Erscheinungen einem Puritanertum das Wort zu reden, das den Genuß jedes Glases Wein, jedes Glases Bier als eine Verflüchtigung an den Geboten des Antialkoholismus betrachtet. Ich glaube nicht, daß die extremen Bestrebungen in dieser Richtung irgend welchen dauernden Erfolg in unserem Vaterlande haben werden, so wenig wie anderswo. Ich bin immer noch der Meinung, daß ein gutes Glas Wein und ein gutes Glas Bier den arbeitenden Menschen an Körper und Geist zu stärken geeignet ist. Und wir haben in dieser Beziehung so viel glänzende Vorbilder, daß wir uns von den Antialkoholisten à tout prix nicht hänge machen zu lassen brauchen. Ich will natürlich nicht weiter von verschiedenen Mitgliedern dieses hohen Hauses reden, und auch nicht von den Herren an der Ministerbank (Seiterkeit). Auch dort kenne ich einige, die einem

guten Gläschen (ich glaube, auch der Herr Minister selbst) von Jugend an durchaus nicht abgeneigt sind (Große Seiterkeit). Unsere Bauern schauen zurück auf Ahnen durch mehr als tausend Jahre: nicht nur der Bauersmann, der junge wie der alte, auch die tüchtige, an Arbeit gewöhnte Bauersfrau weiß, daß ein Gläschen guten Weines — echten natürlich (Zuruf: Echt?) — sie jagt nicht „echt“, das betrachten sie als selbstverständlich — sie stärkt und aufrecht hält in der schweren Arbeit, die sie zu leisten haben. Freuen wir uns darüber, daß unser Herrgott unser Land mit herrlichen Nebelgärten gesegnet hat; freuen wir uns, daß in deutschen Landen, wie schon bei den alten Germanen, wir ein vortreffliches Bier gebraut bekommen.

Erfreulich ist nach meiner Meinung allerdings, daß auf unseren Hochschulen die Bestrebungen der Studierenden gegen das Uebermaß im Alkoholismus, gegen die Bülerei, immer breiteren Boden finden. Das habe ich zu wiederholten Malen von den verschiedensten Seiten, aus den Kreisen der jungen Leute selber, bestätigen hören, daß die Zahl der Studierenden, die diese alten, wüsten Trümmelgelage verabscheuen, immer größer wird; meines Wissens ist auch bei den Korporationen dieser gute Geist nachgerade der vorherrschende geworden, wenn auch vielleicht da und dort noch alte Uebelstände vorhanden sind. Diese Erscheinung kann man nur begrüßen; der Herr Abg. Rösch hat mit Recht hervorgehoben, daß gerade die Angehörigen der gebildeten, sogenannten führenden Stände vielfach bisher ein böses Beispiel gegeben haben und da und dort immer noch geben. Das ist viel schlimmer und häßlicher, als wenn einmal die Bauernburschen, die Tag für Tag fest und tüchtig arbeiten von der frühen Morgenstunde an, an der Kirchweih oder sonst an einem Feste etwas zuviel des Guten genießen.

Durchaus stimme ich der Meinung bei, daß oft sittliche Defekte, Schwäche des moralischen oder wie ich es nennen möchte, religiösen Empfindens den Weg ebnet für geistige Erkrankung. Wenn die Kraft der Sittlichkeit, der Moral, in dem, was den Menschen in seiner Würde schmückt, verloren geht, dann geht auch der Halt verloren gegenüber den Widrigkeiten des Lebens, und der kleinste Druck wirft den Menschen zu Boden und zerstört auch die Gesundheit seines Geistes. Auf diesem Gebiete allerdings hat das Wirken des Staates und hat auch das Wirken der Kirche, die sich wohl berufen fühlen muß, gerade hier mit segensreicher Arbeit einzusetzen, bis jetzt hervorragende Früchte nicht gezeitigt. Woran das im tieferen Grunde liegt, will ich nicht untersuchen.

Es ist auf die sozialen Mißverhältnisse hingewiesen worden, u. a. auf die Unterernährung mancher Volkskreise, die auch geistige Depressionen im Gefolge habe. Auch die Art unserer modernen Arbeit bringt in der Tat für die Gesundheit des menschlichen Geistes viele Gefahren mit sich. Mein Freund Wittum hat gewiß recht, wenn er sagt, daß die Arbeit das Beste ist für die körperliche wie die geistige Gesundheit des Menschen, und er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß früher in dieser Beziehung viel größere Anforderungen durch alle Schichten des Volkes an den Einzelnen gestellt worden sind. Allein eines darf nicht übersehen werden. Ich spreche nicht von der Hast unserer Zeit, der Hast und Unruhe, dem Kampf ums Dasein, wie man es nennt, der den Nerven zusetzt. Aber unsere bis ins kleinste ausgebildete moderne Arbeitsteilung, namentlich in der Industrie, die den Arbeiter nötigt, jahraus jahrein ohne jede Abwechslung, immer daselbe Stücklein zu bearbeiten, wirkt sicher geistestötend, geistverderbend. Wer ein Ganzes zu schaffen, eine schöne, ganze Arbeit zu leisten hat, die auch geistig anzuregen imstande ist, wird sich durch die

Arbeit selbst gehoben fühlen, auch wenn sie in der Werkstatt, in der Fabrik stattfindet. Das ist zu beachten, wenn man die größeren Anforderungen einer früheren Zeit an die Arbeitsleistung des Einzelnen in Vergleich setzt mit der Arbeit in unseren modernen Betrieben. Mehr als früher bedarf unter solchen Verhältnissen der Mensch der Ausspannung von der Arbeit. Das gilt insbesondere für diejenigen, die in solchen geisttötenden Betrieben beschäftigt sind. (Abg. Fröhlich: Sehr gut!) Sie bedürfen dringend immer wieder geistiger Anregung, der Verbindung mit geistigen Strömungen, damit sie nicht erliegen unter dem Druck der mechanischen, sich ewig gleichbleibenden Arbeit des Tages.

Der Herr Abg. Kösch hat behauptet, daß draußen im Volke bisweilen schon gewaltsame Mittel empfohlen worden sind, um die Zahl der Geisteskranken zu vermindern, die ja doch eigentlich keinen Lebenszweck mehr hier hätten und deshalb je eher je besser diese Erde verlassen sollten. Ich möchte wirklich im Interesse selbst derjenigen, die vielleicht an der Vierbank solche Rede führen, wünschen, daß sie das nicht ernst meinen. Der Herr Abg. Kösch hat ausdrücklich erklärt, daß er das natürlich nicht befürworten wolle. Aber ich hätte gewünscht, daß man derartige Vierbankgespräche, oder wie man sie noch weniger freundlich bezeichnen sollte, nicht in dieses Haus gebracht hätte. In die barbarischen Zeiten werden wir nicht zurück wollen, auf die Stufe, auf der einst die Spartaner standen, die minder schön gestaltete neugeborene Kinder ausgelegt haben. Die Tötung Geisteskranker wäre Barbarei. Die Todesstrafe, die nach unserm Gesetze den Mörder trifft, in Vergleich zu setzen mit der Anregung, von der der Herr Abg. Kösch gesprochen hat, geht doch wirklich nicht an.

Der Herr Abg. Kösch hat dann gemeint, es wäre vielleicht erwägenswert, ob man den Geisteskranken nicht das Heiraten verbieten solle. Der Herr Abg. Kösch befindet sich mit dieser Anregung allerdings in guter Gesellschaft; ich erinnere mich, vor einigen Jahren einen Aufsatz des Geheimrats Professor Hegar in Freiburg gelesen zu haben, worin er, ich glaube anschließend an ein Gesetz, das in irgend einem amerikanischen Bundesstaat schon besteht, vorschlug, es sollten überhaupt Leute, die nach ärztlichem Zeugnis keine gesunden Kinder erzeugen können, von Gesetzeswegen vom Heiraten ausgeschlossen werden. Wenn man sogar so weit gehen wollte, dann würde der Vorschlag des Herrn Abg. Kösch allerdings näher liegen; aber welche Unzulänglichkeiten erwachsen würden, wenn man die Abschließung von Ehen von einem ärztlichen Gutachten abhängig machen würde, das möchte ich doch der Erwägung auch des Herrn Abg. Kösch überlassen. Ich könnte dem das Wort nicht reden.

Es ist auf die Belehrungen hingewiesen worden, die der reiferen Jugend in den Schulen über die Vorgänge im sexuellen Leben gegeben werden sollen. Ich weiß, daß diese Frage von sehr achtenswerter Seite, nicht nur bei den Ärzten, sondern auch bei den Pädagogen, vielfach in Erwägung genommen ist, und daß man in weiten Kreisen im Interesse unserer Jugend und ihrer Sittlichkeit ein derartiges Vorgehen befürwortet. Ich habe alle Achtung vor der besseren Kenntnis insbesondere der Pädagogen; aber wenn wir nun auch in der Volksvertretung einmal über diese Sache sprechen, so möchte ich für meine Person erklären, daß ich diesen pädagogischen Mitteln sehr skeptisch gegenüberstehe (Sehr richtig! von verschiedenen Seiten). Ich meine, ein normaler junger Mann mit einigermaßen ordentlicher Erziehung und mit einem Gewissen, wie es ihm mitgegeben worden ist, findet von selbst, was er auf diesem Gebiete zu tun und zu lassen hat; und mit der Jugend über diese Dinge in der Weise zu sprechen, wie es zur wirklichen Belehrung not-

wendig wäre, das ist nach meiner Meinung eine außerordentlich schwierige und eine in ihrem Erfolg auch höchst zweifelhafte Sache. Ich glaube, daß öfters das Gegenteil von dem, was man damit zu erreichen sich bemüht, hervorgerufen würde.

Ich spreche lediglich aus meinem persönlichen Empfinden heraus, und will der Auffassung Anderer nicht zu nahe treten; ich meine aber: Wenn lediglich die Furcht vor gewissen Krankheiten, die Furcht vor Ansteckung und dem Schrecklichen, was damit zusammenhängt, den jungen Mann abhalten soll, den bösen Pfad zu betreten, dann ist er schon verloren; wenn nicht sein eigenes Gewissen, seine eigene Sittlichkeit und die Achtung vor sich selbst ihn zum Rechten leiten, dann sind derartige, auf Abschreckung berechnete Mittel gar wenig wert. Was in der Schule bisher schon in der Religionskunde und auch in anderen Unterrichtsstunden, wo es angemessen erscheint, in der diskreten Weise, wie es die Natur des Gegenstandes erfordert, über diese Dinge gesagt zu werden pflegt, das genügt.

Hoffen wir, daß die bedeutenden finanziellen Mittel, die unser Staat für das Irrenwesen und für die Ausgestaltung der Institute, die der Pflege der Irren dienen, ausgelegt hat, gut angewendet sind, daß wir auf diesem Gebiete auch auf der Höhe bleiben! Wir dürfen wohl sagen, daß wir uns in der Fürsorge für die Irren, für diese Ärmsten unserer Mitbürger, von keinem anderen Staate übertreffen lassen. So soll es auch künftig sein, und gerne wird die Volksvertretung die Mittel bewilligen, damit wir dieser großen, schönen und ernststen Aufgabe allezeit gerecht werden können (Beifall).

Abg. Fröhlich (freil.): Wenn von dieser Seite des Hauses an der gegenwärtigen Debatte bis jetzt kein besonders reger Anteil genommen worden ist, so beruht das nicht etwa darauf, daß wir alle ganz mit demjenigen einverstanden wären, was in der Hauptsache zu diesem Etat vorgebracht worden ist, sondern es hat seinen Grund darin, daß die Lektüre des Jahresberichts unserer Irrenanstalten in uns den Eindruck erweckt hat, daß sich diese in guten Händen befinden, daß die Grundsätze, nach denen unsere Irrenanstalten praktisch geleitet werden, soweit die Finanzen das gestatten, in der Hauptsache moderne sind, und nicht in die Fehler verfallen, die von anderer Seite sehr leicht bei der Behandlung dieser Fragen gemacht werden. Wir haben auch das Zutrauen zur Großregierung, daß sie insbesondere diese sachverständigen Instanzen auch in Zukunft möglichst frei und unbehindert schalten und walten lassen wird, daß sie aber vor allen Dingen, wenn auf diesem Gebiete überhaupt ein Schritt vorwärts gemacht werden soll, nicht zögern wird, die Mittel, die bis jetzt in den Dienst dieser Kultur Aufgabe gestellt worden sind, zu vergrößern. Alle die Direktionsberichte — und wer zwischen den Zeilen liest, der wird noch viel mehr herauslesen, als verba expressis darin steht — geben diesem Gedanken einheitlich Ausdruck, am deutlichsten wohl der Bericht der Emmendinger Anstalt. Es ist geradezu ein Notschrei, der da erhoben wird, und es wird offen erklärt, daß die Ärzte eigentlich den derzeit herrschenden Zustand nicht mehr verantworten können, und daß dem jetzigen Zustande nur abzuhelfen ist, wenn von dem verhängnisvollen Prinzip abgegangen wird, selbst solche wichtige Aufgaben, wie den Neubau einer großen, dringend erforderlichen Irrenanstalt, auf die laufenden Ausgaben zu schreiben und damit den Fortschritt in der Entwicklung dieser Frage mehr, als das zu verzögern ist, auf die lange Bank zu schieben. Es muß eine Beschleunigung in dem Ausbau unserer Irrenanstalten im Wege der Flüssigmachung von größeren Mitteln mit

einem Schläge — und das ist nur möglich auf dem Wege der Anleihepolitik — möglich gemacht werden, oder wir versündigen uns an dem kostbaren Material, das uns hier von den sachverständigsten Personen, die es in dieser Frage gibt, an die Hand gegeben worden ist, mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Ich will auf die dankbare Aufgabe verzichten, hier die einzelnen Sätze und Ausdrücke zusammenzustellen. Ich hatte mir das ursprünglich vorgenommen. Ich glaube aber nicht, es nötig zu haben; denn ich traue der jetzigen Gr. Regierung durchaus zu, daß sie in dieser Frage im wesentlichen meinen Standpunkt, den ich hier grundsätzlich entwickelt habe, als berechtigt anerkennen wird, und ich hoffe auf die nachdrückliche Unterstützung des Herrn Ministers, wenn es sich beim Finanzgesetz darum handeln wird, insbesondere die Mittel für die Irrenanstalt in Wiesloch durch Anleihen flüssig zu machen und dadurch zugleich die Bahn frei zu machen für die möglichste Beschleunigung der dringend notwendigen neuen Anstalt bei der Reichenau.

Die Wünsche, die hinsichtlich des Personals vorgebracht worden sind, kann ich nur auf das wärmste unterstützen. Obgleich ich wiederholt Gelegenheit gehabt habe, insbesondere in der Illenau im letzten Jahre zu verkehren, ist mir zwar nirgendwo eine Wahrnehmung entgegengetreten, die auf besondere Mißstände schließen ließe. Ich habe auch, obgleich ich mich wiederholt mit Mitgliedern des Personals ausführlich unterhalten habe, nirgendwo auch nur den leisesten Versuch einer Kritik oder Klage gehört, und es hätte den Leuten ja sehr nahe gelegen, mir gegenüber ihre Stimme zu erheben. Ich glaube deshalb nicht, daß in Illenau besondere Mißstände vorherrschen können. Ich halte es auch bei der Persönlichkeit des Herrn Geh. Rats Schüle für ausgeschlossen, daß derselbe begründeten Vorstellungen seines Personals sich nicht zugänglich erzeigen würde (Abg. Rösch: Die Klagen sind vor zwei Jahren schon gemeldet worden!). Positive Tatsachen sind jedenfalls bis jetzt nicht mitgeteilt worden, und das müßte das Personal doch wohl tun. Es müßte erklärt werden können: Auf der und der Stelle oder in der und der Beziehung ist das Personal überanstrengt oder in seinen Rechten verkürzt. Ich habe da bis jetzt, außer den ganz allgemeinen Bemerkungen des Herrn Kollegen Rösch, eben niemals eine Tatsache vernommen, die uns berechtigte, hier gegen diese Anstalt einen Vorwurf zu erheben, und der Gesamteindruck, den die Anstalt, das Personal und der Vorstand macht, ist eben ein derartiger, daß er als musterhaft bezeichnet werden muß.

Selbstverständlich ist, daß das Personal in diesen Anstalten nicht nach Schema F behandelt werden darf, wie das Personal bei irgend einer anderen Beschäftigung, sondern es wird ja ohne weiteres Jedem klar sein, daß ein solches Personal das Recht hat, ähnlich wie der Herr Kollege Rösch das im allgemeinen mit Recht ausgeführt hat, die erforderliche Rücksicht darauf zu verlangen, welche unangenehme und abnorme Beschäftigung ihm in der Hauptsache obliegt, und daß ihm Gelegenheit gegeben werden muß, seine freie Zeit so zu verbringen, daß eine Art Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann, ein Gegengewicht geschaffen wird gegen die übereinstimmende Umgebung, in welcher das Personal sich befindet. Jeder, der einmal diese Anstalten besucht hat, wird auch diesen Eindruck bekommen haben, daß man ganz ungestraft in einer solchen Umgebung sich unmöglich längere Zeit aufhält. Jemand etwas von diesen Eindrücken bleibt immer an einem hängen, und sei es auch nur das jedenfalls jeden Reuling beschleichende Mißtrauen, das sich darin äußert, daß, wenn man einer Person innerhalb dieser Räume entgegentritt, man zunächst sehr geneigt ist, anzunehmen,

daß man es mit einem Kranken zu tun habe, und eigentlich erst den Beweis der Gesundheit erwartet, bevor man fest überzeugt ist, daß man es nicht mit einem Geisteskranken zu tun hat. Das erzeugt ein Mißtrauen und Unbehagen für den, der sich in diesen Räumen bewegt, jedenfalls für den Reuling ein Gefühl ganz abnormer Art, von dem ich mir leicht vorstellen kann, daß es auf das Personal zwar nicht in dieser Intensität aber doch in gewissem Maße im Laufe der Jahre wirken muß.

Was nun die Punkte betrifft, in denen wir nicht mit denjenigen Herren einverstanden sind, die zur Debatte gesprochen haben, so will ich mich so kurz als möglich zu fassen versuchen. Ich schließe mich dem an, was der Herr Kollege Binz hinsichtlich der Zunahme der Geisteskrankheit gesagt hat. Wir haben heute ja einen ganz anderen Maßstab dafür, was Geisteskrankheit heißt und was nicht. Ein Mensch wie dieser Mori in Freiburg würde vor wenigen Jahrzehnten noch wahrscheinlich gelächelt worden sein. Jedenfalls würde die ganze Welt nach der Prügelstrafe gerufen haben, die einem solchen Rohheitsausbruch gegenüber unbedingt notwendig sei. Heute hat man sich eben infolge der Fortschritte der Wissenschaft in Tausenden von Fällen überzeugen lassen müssen, daß da, wo man früher Rohheit und bösen Willen angenommen hat, eben lediglich Krankheit vorliegt.

Ferner ist man nicht bloß in der Gemeinde sondern auch in der Familie nicht mehr so geneigt und auch nicht mehr imstande, Kranke dieser Art bei sich zu behalten. Sobald in einer Gemeinde Fabrikbetriebe eingeführt sind und große Massen der Bevölkerung, sowohl der Vater, wie die Mutter, in der Fabrikarbeit Verwendung finden, entfällt die Möglichkeit, im Hause auch nur ein halbwegs lästiges oder gar gefährliches Wesen zu dulden, das ohne ständige Aufsicht und Krankenbehandlung nicht existieren kann. In allen diesen Fällen, in welchen man früher die Erkrankten mit Leichtigkeit hat in der Familie behalten können, muß heute zur Anstaltspflege gegriffen werden, und deshalb ist die Zunahme unseres Krankenstandes, und wenn da auch von 400 Prozent die Rede ist, meines Erachtens durchaus keine Veranlassung, um gegen die Zustände im allgemeinen, die bei uns herrschen, solche Anklagen zu erheben, als ob wir nun in Sodom und Gomorra lebten und das Ende der Welt nicht mehr fern sei. Im Gegenteil, wir sehen, daß es auch auf diesem Gebiete vorwärts gegangen ist, daß heute kulturell höhere Zustände herrschen als noch vor 30 und 40 Jahren, und wir freuen uns dieser Entwicklung und haben nur dafür zu sorgen, daß der Wissenschaft hier die Bahn freigehalten und nicht mit Mittel gekaufert wird, um ihr die Erfüllung ihrer dringend notwendigen Aufgaben zu ermöglichen.

Auch dem, was der Herr Kollege Binz über den Alkohol gesagt hat, schließe ich mich vollständig an. Wir wollen uns nicht ins Borhorn jagen lassen von den Herren Abstinenzpolitikern! Es ist eine hysterische Annahme, (Heiterkeit), wenn diese Leute in der Öffentlichkeit Jedem, der nicht auf ihre Fahne schwört, mit den ungeheuerlichsten Zumutungen entgegenzutreten. Die Herren Abstinenzpolitiker sollen erst einmal ein Heidelberg oder ein München auf die Beine stellen, dann wollen wir uns wieder sprechen. Wo Abstinenzler in größerer Anzahl vorhanden sind, fühlt man sich wie in die Wüste Sahara versetzt, sowohl in geistiger als körperlicher Beziehung, und das ist kein Bild, das uns reizen könnte, daß wir das ganze Vaterland zwangsweise diesen Zuständen entgegenführen. Jedenfalls müssen wir auf diesem Gebiete vorläufig noch vollständige Freiheit und Achtung der gegenläufigen Anschauungen verlangen. Wer aber den Alkohol bekämpfen will oder wenigstens seine Gasse —

in dieser Beziehung werden wir vollständig einig sein —, der soll sich nicht auf das Moralpredigen werfen, sondern soll Anschauungsunterricht treiben. Ich habe mich wiederholt bei Ärzten erkundigt (leider scheint es beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft nicht möglich zu sein), ob es nicht möglich wäre, schon in der Schule Wandtafeln aufzuhängen, welche die Entwicklung der beteiligten Organe unter dem übermäßigen Gebrauch des Alkohols anzeigen. Wenn man im Wilde veranschaulichen würde, wie Herz, Leber und Magen eines Mannes aussehen, der zwei, drei, zehn Jahre lang Erzeffe in Alkohol verübt, so würde das auf ein Kind abschreckender wirken als tausend Moralpredigten, die deshalb abstoßend wirken müssen, weil diejenigen, die die Predigten halten, sich oft am allerwenigsten an diese Predigten zu lehren pflegen, wenn sie sich nicht beobachtet glauben. Ein Anschauungsunterricht aber, der auf wissenschaftlicher Grundlage beruht, und gegen den nicht mit Lügen oder Dummheit anzukämpfen ist, wirkt mit absolut sicherer Gewalt auf die Denkwiese der Kinder ein und würde den besten Dienst leisten. Wenn mir auch von den Herren Ärzten gesagt worden ist, daß dies zurzeit noch nicht möglich sei, so glaube ich doch, daß diesem Gedanken einmal öffentlich Ausdruck gegeben werden soll, und ich meine, die Großh. Regierung wird sich einen großen Dank verdienen, wenn sie vielleicht im Wege eines Preisauschreibens diese Frage den Ärzten vorlegen würde. Der Alkoholismus kann am besten schon in der Schule bekämpft werden durch Aufklärung über die schlimmen Folgen des übermäßigen Gebrauchs des Alkohols.

Ganz dasselbe gilt auf sexuellem Gebiete. Ich bin da ganz anderer Ansicht als Herr Kollege Binz. Wer selbst Kinder hat und den Kampf, der uns angewungen ist, auszufechten hat im eigenen Hause, der wird nicht glauben können, daß die Auffassung des Herrn Kollegen Binz die des größeren Teils der Eltern sein soll. So viel ist sicher, daß das Dunkel, das heute von allen berufenen Faktoren, von Staat, Schule, Kirche und Familie, um diese Fragen künstlich mit aller Macht verbreitet und festgehalten wird, bis das Kind selbst ins Leben hinaustritt, für das Kind nicht förderlich sein kann. Ich möchte beinahe glauben, es wäre eine Verfündigung an Kinder, daß man es in diesen Fragen jeder Aufklärung entbehren läßt und, da wir doch Alle schließlich aufgeklärt werden müssen, indem wir ihm die hellen Quellen verlagern, es auf die trüben Quellen, den Schmutz und den Unflat künstlich verweisen, aus denen allein schließlich wir Alle, wie wir hier sind, wenn unsere Eltern uns nicht sachgemäß belehrt haben, seinerzeit die ersten Kenntnisse geschöpft haben und schöpfen mußten. Woher wissen denn die Leute über alle diese Dinge Bescheid? Staat, Kirche, Schule und Familie versagen vollständig. Woher wissen es denn die Leute? Dienstpersonal, krankhaft veranlagte Personen, § 175er, das sind solche Leute, die sich mit Kindern abgeben. (Abg. Dr. Binz: Die gesunde Natur sagt es einem selbst!). Das glaube ich nicht. Ich glaube, wenn man ein Kind vollständig wild in dieser Beziehung aufwachsen läßt, es von selbst auf gar keine Idee kommen wird, höchstens auf tierischer Grundlage sich entwickeln wird (Abg. Dr. Binz: Nein!), ohne jede Abnung, was gut und was böse ist. Nun, das ist ja eine sehr schwierige Frage. Jedenfalls aber sollten diejenigen Eltern, die der Ueberzeugung sind, daß eine Verfündigung gegenüber ihren Kindern vorliegt, heute im Staate doch auch die Möglichkeit geboten sehen, von Personen, die das Zeug dazu haben, von anerkannt wissenschaftlich gebildeten Pädagogen und Ärzten, die Interesse an der Frage haben, ihre Kinder auch auf diesem Gebiete eingeführt zu sehen in diejenigen Kenntnisse, die nach der Meinung dieser Sachverständigen — ich will mich nicht hinein-

mengen — an Quantität und Qualität für das Kind in dem Augenblick notwendig sind, wo man es in das Leben hinausführt. Wir brauchen nur an das Gymnasium zu denken. Das ist kein Zustand, daß man die Leute bis zum 18. Jahr wie kleine Kinder von jedem Alkoholgebrauch und von jedem Verkehr mit dem anderen Geschlechte zurückhält, mit Ausnahme etwa von den paar Tanzstunden, die mit sauerfüßer Wiene gelegentlich konzubiert werden. Dann sagt man plötzlich dem jungen Mann: „Adieu, jetzt reise ab, löse dich los von der Familie, hier hast du 100 oder 150 M., gehe nach Berlin oder nach München, sieh einmal zu, wie du fertig wirst“, und man stellt den jungen Menschen ohne jeden Rat, ohne jede Fähigkeit, sich selbst zu erziehen und zu betätigen und zu zügeln, mitten in den braufenden Strom des Lebens hinein! Das ist nach meiner Ansicht eine viel größere Gefahr als die, wenn in der Schule der Lehrer, der sich Liebe und Autorität bei den Kindern erobert hat, oder ein geeigneter Arzt zunächst einmal mit den Kindern die Dinge bespricht, die ihnen am Wege blühen, damit sie ihnen ins Gesicht sehen können, und sie darauf vorbereitet, sie vielleicht in Krankenhäusern führt und an geeigneten Beispielen erläutert, wie die Dinge in Wirklichkeit aussehen. Ich sehe durchaus nicht ein, wo hier ein Mißstand liegen sollte. Es soll ja Niemand gezwungen werden, diesen Weg zu beschreiten. Aber fatal ist es, daß dieser Weg verschlossen ist. Deshalb kann man heute nicht kommen und sagen: Wer weiß, welche Mißstände sich da ergeben werden? Probieren geht über Studieren, und unfittlich wird man diese Idee nicht nennen können. Es sind Tausende von Männern da, die mit Heißhunger auf die vom Staate gebotene Gelegenheit warten, um einmal auf diesem Gebiet einen Versuch zu machen. Da sollte endlich einmal der Staat die Initiative ergreifen! Der Staat, der da den ersten Schritt tut, wird sich den Dank der ganzen Kulturwelt verdienen. Ich bin der Ueberzeugung, daß nur Anschauung und Aufklärung auf diesem Gebiete etwas zur Hebung des Kulturniveaus beitragen.

Wenn nun der Herr Kollege Dieterle sich so sehr gegen diesen Standpunkt ausgesprochen hat und seinerseits die Jugend nur auf Willensstärke und Abhärtung verweisen will, so muß ich ihm entgegenhalten, wie er sich dann dazu stellt, daß die Kinder schon mit 12 Jahren oder noch früher durch die ihnen abgenommenen Examina in der Pflicht über Einzelheiten des 6. Gebotes unterrichtet werden in einer Art und Weise, daß selbst ausgewachsene Sachverständige mitunter noch etwas lernen könnten? Ich habe Beichtzettel gesehen und Beichtbüchlein, wo Fragen vorgelegt sind, die Sie heute selbst in den Großstädten Lebemännern vorlegen können, wodurch auf Dinge aufmerksam gemacht wird, die nicht jedem Lebemann, der manchmal auch nur Teilarbeiter ist (Heiterkeit), ohne weiteres bekannt sind. Ich habe nicht begriffen, wie man dies tun kann, ich würde mich hier vor schwer hüten, obgleich ich für Aufklärung bin. Entweder volle Aufklärung von sachverständiger Seite oder vollständiger Abschluß, aber eine Art, bruchstückweise, andeutungsweise Kenntnisse zu verbreiten, wo die Betreffenden nicht vollständig aufgeklärt werden, und wo die Mitteilungen insbesondere nicht von sachverständiger Seite kontrolliert werden, geht unsereinem derartig gegen die Natur, daß ich meine Kinder schon aus diesem einzigen Grunde nun und nimmermehr einer derartigen Erziehungsmethode anvertrauen könnte.

Ich will aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auch darauf zu verweisen, daß auch der religiöse Wahnsinn ein sehr ernstes Kapitel ist, und daß man die Aufmerksamkeit auch auf diesen Punkt lenken sollte. Bei jeder übertriebenen Urgierung des religiösen

Standpunktes, jeder hegerischen Tätigkeit, welche die Intoleranz künstlich anschürt, sollte man sich die Frage vorlegen, ob dies nicht gelegentlich mit dem Material liefert, das in so und so viel Unglücklichen eine Verwirrung anrichtet, die dann schließlich in einer Geisteserkrankung ihre Lösung findet.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Groß-Regierung von sich aus diese Dinge im Auge behält, und der Jahresbericht bürgt mir dafür, daß die Männer, die an der Spitze dieser Anstalten stehen, diese Gedanken gründlich und mit der nötigen Sachkenntnis im Auge behalten und an der Weiterentwicklung arbeiten.

Widersprechen muß ich der Behauptung, daß heute weniger gearbeitet würde wie früher. Ganz das Gegenteil ist richtig. Wer weiß heute noch etwas von einem blauen Montag? (Seiterkeit und Widerspruch.) Das gibt es heute nicht mehr. Wer die Zeiten in den 70er Jahren noch miterlebt hat, wo der blaue Montag offiziell war, muß heute doch wohl sagen, daß der „blaue Montag“ heute nur eine Einzelercheinung ist. Wenn man heute sieht, wie die ausgedehnte Maschinentätigkeit eingeführt ist, wo sogar die Kontrolluhren maschinell die Leute in bezug auf die pünktliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen kontrollieren, da kann man wohl nicht behaupten, daß heute weniger geleistet würde als früher. Früher hat man sich länger betätigt, aber nicht so intensiv und gründlich, man hat gemütlich gearbeitet und hat es auf eine Viertel oder eine halbe Stunde Bummeln nicht ankommen lassen. Man hat ausgedehnt gewespelt, man hat sich nicht so beeilt wie heute, aber wer heute in die Arbeitszentren nach Frankfurt, nach Berlin oder auch nach Karlsruhe geht, der wird wahrhaftig der Bevölkerung nicht Faulheit, Trägheit oder eine geringere Ausnützung ihrer Arbeitskraft vorwerfen, wenn auch heute der Achtuhrladenschluß eingeführt wird, und wenn auch die Arbeitszeit nicht mehr so ausgedehnt ist wie früher. Es wird schneller gearbeitet, es ist dann aber auch ein größeres Bedürfnis vorhanden, auszuspannen und sich zu erholen. Die beste Politik auf diesem Gebiete ist deshalb unserer Ueberzeugung nach eine musterhafte Sozialpolitik. Die Sozialpolitik geht nicht darauf aus, den Menschen zu verweichlichen, ihm Arbeit zu ersparen, ihn übermäßig zu schonen, sondern sie sagt nur, daß keine Kette stärker ist als ihr schwächstes Glied, und das muß auf den einzelnen Menschen angewandt werden. Es hat keinen Wert, wenn man einzelne Glieder dieser Kette übermäßig stark ausstrengen will, denn wenn die ganze Kette etwas leisten soll, so wird sie eben doch da reißen, wo eben das schwächste Glied gefunden wird; und der Sozialpolitiker verlangt, daß alle körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen berücksichtigt werden und ihnen allen wenigstens die Möglichkeit einer Entfaltung und Betätigung gesichert wird. Die Sozialpolitik wendet sich gegen die einseitige Ausnützung sei es geistiger oder körperlicher Kraft und namentlich einzelner körperlicher Kräfte des einzelnen Menschen, und verlangt, daß hier ein Ausgleich hergestellt werde, der wie der Herr Kollege Vinz ganz richtig hervorgehoben hat, die Gefahr der übergroßen Arbeitsteilung einzig und allein aufzuheben und auszugleichen imstande ist. Und wenn wir hier fortschrittlichen Gesichtspunkten zustreben und die scheinbar nicht aufbringlichen Mittel nicht scheuen, um allen notwendig erkannten Fortschritten zum Durchbruch zu verhelfen, wenn wir uns klar machen, daß das, was hier gespart werden soll, viel kostbarer ist als die verhältnismäßig geringfügigen Mittel, die geopfert werden müssen, dann werden wir auch auf dem Gebiete der Kulturaufgaben mustergerichtig darstehen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Ich habe ursprünglich nicht die Absicht gehabt, noch zu sprechen, aber dasjenige, was der Herr Abg. Fröh auf vorhin ausgeführt hat, zwingt mich, nicht als Berichterstatter sondern als Abgeordneter das Wort zu ergreifen. Ich werde, so hoffe ich, nachher wohl in der Lage sein, als Berichterstatter auf das Wort verzichten zu können.

Zunächst, glaube ich, ist es außerordentlich erfreulich, daß eine Aussprache über die Ursachen der zunehmenden Zahl von Fällen der Geistesgestörtheit hier stattgefunden hat. Ich habe namentlich mit großem Interesse und mit Freude gehört, was der Herr Abg. Wittum hier in dieser Hinsicht ausgeführt hat. Ein Moment ist besonders von dem Abg. Vinz noch gestreift worden, nämlich das Gebiet der Religion. Er meinte aber, daß diese vielfach nicht den Einfluß ausüben, wie sie ihn ausüben könnte. Er glaubte sogar einen Vorwurf machen zu sollen. Ich nehme seinen Vorwurf nicht so tragisch; ich glaube, daß, wenn er sich die Sache im richtigen Licht besieht, sein Urteil doch wesentlich anders ausfallen wird.

Es ist Tatsache, daß das Leben von heute vielfach die Ursache für Irrenkrankheiten abgibt, und daß, wenn die Sittengesetze, wie sie das Christentum an die Hand gibt, beobachtet würden, jedenfalls viele Ursachen von vornherein eliminiert wären. Hier wird das Gesetz der Arbeit und der Arbeitsamkeit für Jedermann proklamiert, auch denen, die Geld haben und nicht durch die Notwendigkeit des Tages gezwungen sind, zur Arbeit zu greifen. Hier werden auch Motive an die Hand gegeben, die viel stärker sind als die tägliche Notwendigkeit, die an den einzelnen herantritt, und hier werden zugleich auch Mut und Kraft gegeben ganz anderer Art, als sie das tägliche Leben zu geben vermag, und es wäre deswegen sehr zu wünschen, daß der Einfluß der Religion mehr und mehr wieder freie Bahn bekomme.

Es hat der Herr Abg. Fröh auf auf eine spezielle Irrenkrankheit hingewiesen, nämlich auf den religiösen Wahnsinn, und er glaubte sofort, ihn auf Verhütung, hegerische Tätigkeit und Intoleranz zurückführen zu können. Er scheint offenbar nicht sehr unterrichtet zu sein, welches die Quellen des religiösen Wahnsinns sind: Es sind meistens Veranlagungen, die dann und wann zum Ausbruch kommen und akute Fälle bilden, nicht etwa ist es aber die Tätigkeit der Geistlichen in ihrem Amte. Im Gegenteil, wie viel Veruhigung wird dem Kranken gerade durch die Religion und durch die Tätigkeit der Geistlichen zugeführt, und wer speziell als Seelsorger Gelegenheit hat, hier zu wirken, der weiß, wie viele Ekstasianten und Leute, die zu dieser Abnormität neigen, vor dem Wege ins Irrenhaus behütet worden sind, und er weiß auch, wie sehr wohlthätig gerade der Geistliche in den Irrenanstalten wirkt. Deswegen wäre es auch zu wünschen, daß jede der Irrenanstalten einen eigenen Seelsorger hätte.

Der Herr Abg. Fröh auf hat dann (und das war auch der Grund, weshalb ich mich zum Worte gemeldet habe) auch auf das Weichthint in der katholischen Kirche hingewiesen und es als eine Quelle unglückseliger Aufklärung in sexueller Hinsicht bezeichnet. Herr Abg. Fröh auf, hier haben Sie etwas gesagt, was Sie offenbar aus eigener Erfahrung nicht kennen! (Abg. Fröh auf: Doch!). Und wenn Sie es kennen, wollen Sie dann aus eigener Erfahrung sagen, daß Sie hier sexuelle Dinge erfahren hätten in einer Weise, die Ihnen schädlich gewesen wäre? (Abg. Fröh auf: Ja!). Wirklich? (Abg. Fröh auf: Jawohl!). Dann bedauere ich, daß Sie in eine solche Lage gekommen sind. Aber das kann ich Ihnen sagen, daß überall, wohin ich noch gekommen bin, nir-

gends mit größerem sittlichem Ernst verfahren worden ist, als im Beichtstuhl, wo über diese Dinge geredet werden mußte. Ich kann Ihnen weiter sagen: Nirgends ist den Geistlichen so eingeschärft, mit Vorsicht, Takt und Ernst zu arbeiten, wie gerade hier. (Bravo!) Das liegt in der Natur der Sache. Wie vielen ist gerade hier durch Verhütung von Ausschreitungen Gutes geschaffen worden! Ich meine, Sie sollten in diesen Dingen doch ein wesentlich anderes Urteil haben! Wenn Sie auf den Beichtzettel abheben, so kann ich ruhig sagen: Alle, die ich schon bekommen und durchgesehen habe, sind so vorsichtig gehalten, daß, wer nicht schon von vornherein die Dinge kennt, durch den Beichtzettel nie zur Kenntnis derselben kommt. Ich habe vor ein paar Wochen das Urteil eines Schulmannes gehört, der nicht auf unserem Standpunkte steht, und der meines Wissens auch von dem Sakrament der Buße keinen Gebrauch mehr macht (er ist von Haus aus katholisch), das dahin lautet, es sei augenscheinlich, daß gerade das Institut des Bußsakraments außerordentlich förderlich auf die Reinheit der Seele wirke, daß, wenn Aufklärung notwendig sei, vorzüglich dieses Institut in Betracht käme. Hinsichtlich der sexuellen Aufklärung wollen wir keineswegs absolute Ignorierung dieser Dinge. Es gibt Momente im Leben des Einzelnen, wo Aufklärung eintreten muß. Aber das ist sehr individuell. Sich vor die breite Öffentlichkeit hinstellen und eine ganze Kategorie der verschiedenst veranlagten und im verschiedensten Milieu lebenden Kinder auf einmal aufzuklären, das halte ich für unzulässig. Die Ersten, die bei dieser Aufklärung in Betracht kommen, sind die Eltern, die Mutter für die Tochter, der Vater für den Sohn, und nebenan der Seelsorger. Wenn die Kinder dann in ein entsprechendes Alter kommen, so werden sie von selbst die Person ihres Vertrauens finden. Ich kenne einen ersten Arzt, zu dem mehr als ein Student gekommen ist, um ihn über dies und jenes, das er noch nicht wußte, zu fragen, und ich habe es einem jungen Manne immer zur Ehre angerechnet, wenn er über verschiedene Dinge nicht orientiert war, worüber Andere, leider Gottes, vielleicht zu früh orientiert waren. Man darf nur an die Verwüstung denken, die eine zu frühe Orientierung leider Gottes so oft hervorruft! In den Schulen, in aller Öffentlichkeit, wo jeder Vater gezwungen wäre, seine Kinder hinzuschicken, aufklärend vorzugehen, wäre jedenfalls eine horrende Ungerechtigkeit gegen die Eltern der Kinder und gegen die Kinder selber. (Abg. Fröhlich: Ich habe nur gesagt: fakultativ!). Ueberlassen wir diese Aufklärung den Eltern und ihrem Pflichtbewußtsein und ihrem Takt.

Nun habe ich noch ein Wort zu sprechen über die Angriffe, die Herr Kollege Rösch auf die Leitung der Anstalt Illenau gemacht hat. Es wurde in der Budgetkommission ausdrücklich betont, daß Erhebungen eingehendster Art über zwei Quartale hinsichtlich der Ruhezeit des Personals gemacht wurden. Es sind im Kommissionsbericht Auszüge sowohl in der Anlage als auch vorne im Text mitgeteilt. Es hätte dem Herrn Abg. Rösch sehr gut angestanden, diese Mitteilungen zur Grundlage seiner Ausführungen zu machen. Sie sind ausdrücklich dazu verlangt worden, um hier sicheres Material zu haben, und nicht immer auf das Gerede angewiesen zu sein. Nun kommt wiederum das Gerede, bezogen nicht einmal aus direkter, sondern aus indirekter Quelle, und aus dieser indirekten Quelle werden die schärfsten Anklagen gegen die Anstaltsleitungen hergeleitet, während die Erhebungen im Bericht stehen und ignoriert werden. Das halte ich nicht für ein reelles Verfahren.

Es ist seitens des Abg. Rösch geklagt worden, das Personal hätte zu wenig freie Zeit. Die Freizeit ist

allerdings in den Anstalten nicht generell geregelt. Die einzelnen Anstalten haben in verschiedener Art und Weise diese Dinge geordnet und ich möchte auch nicht wünschen, daß jede Anstalt genau nach dem Schema F die Sache regelt. Soviel Zutrauen muß man zu dem Vorstand einer Anstalt haben können, daß er die Dinge regelt, wie eben die Verhältnisse seiner Anstalt es wünschenswert sein lassen.

Es ist darüber geklagt worden, daß die Wärter in den Anstalten nicht die nötige Gelegenheit hätten, zu schlafen, ohne durch die Irren gestört zu werden. (Zuruf des Abg. Rösch.) Ich habe besonders darnach gefragt und kann Ihnen sagen, daß in Illenau in einem Pavillon außerhalb der Anstalt ein Saal ist, in dem die Wärter schlafen können; aber die Herren machen keinen Gebrauch davon. So sagte man mir. (Abg. Rösch: Sie können dort keine Ruhe finden!) Es ist in diesem Pavillon vollständig ruhig, es befinden sich keine unruhigen Irren darin, aber die Herren wollen nicht hingehen, wie man mir mitteilt. Ich kann mir sehr wohl denken, daß nur ein einziger unter den Leuten zu sein braucht, der einmal seine Freude daran hat, Unruhe zu stiften, und der dann einen Teil des Wärterpersonals in Unruhe erhält. Ich will nicht annehmen, daß das in Illenau der Fall ist; aber es kommt fast so vor, als ob man auf ein derartiges Element schließen dürfte.

Dann ist gesagt worden, der Oberwärter würde den Herrn Geh. Rat Schüle beeinflussen. Das ist ein sehr schwerer Vorwurf! (Zuruf des Abg. Rösch: Es kommt nur Einer in Betracht!) Ja, der Oberwärter, das haben Sie gesagt! Der Beweis für den Vorwurf ist nicht erbracht, und es scheint mir der Geheimrat Schüle nicht der Mann zu sein, der sich von einem Oberwärter zu Unrecht beeinflussen läßt.

Die Kontrolluhr wurde kritisch erwähnt. Das ist ein Ding, das im inneren Betrieb einer Anstalt eingerichtet ist. Ich glaube, daß Niemand hier in diesem Hause sein wird, der die Nützlichkeit oder Untauglichkeit dieses Instrumentes für den Dienstzweck beurteilen könnte. Wenn man das aber nicht kann, so schiene es mir angebracht, über derartige Dinge eher mit Stillschweigen hinwegzugehen. (Abg. Rösch: In Wiesloch hat man sie ja nicht!) Ich sage, jede individuelle Anstalt will auch individuell behandelt sein. Es können in Illenau Verhältnisse sein, die diese Einrichtung notwendig machen. Ich will sie nicht unbedingt billigen, ich kann sie aber auch nicht verurteilen. Ich verstehe davon nichts.

Dann sollen die in den Urlaub fallenden Nachtwachen nachgeholt werden müssen. Ich habe die Listen nachgeprüft, es ist mir aber aus den Listen absolut nicht ersichtlich, daß dies geschieht. Im Gegenteil, der Urlaub scheint mir in vollem Umfang gegeben zu sein, also habe ich, namentlich als Berichterstatter, auf Grund des amtlichen Materials gar keinen Anlaß, das als richtig anzunehmen. (Zuruf des Abg. Rösch: Nur die Nachtwachen sollen nachgeholt werden!) Das geht aus den Listen nicht hervor, sondern im Gegenteil, sie weisen den Urlaub nach, aber nicht eine Nachholung der Nachtwachen.

Hinsichtlich des Kirchenbaues in Emmendingen werde ich als Berichterstatter wohl sagen dürfen, daß jeder folgende Berichterstatter diese Frage wird im Auge behalten müssen. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf wird abgebrochen.

Dem Abg. Schüler (Centr.) wird Urlaub von 14 Tagen zur Teilnahme an den Sitzungen des Reichstages gewährt.

Anstelle des Abg. Neuwirth (natl.) wird der Abg. Silber in die Petitionskommission eintreten.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Karlsruhe, 14. März. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 16. März 1908, nachmittags 1/2 5 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XII und XIII sowie Einnahme Titel III und IV (Seil- und Pflegeanstalten, Besserungs- und Erziehungsanstalten) — Drucksache Nr. 12b — Berichterstatter: Abg. Dr. Schofer (Fortsetzung).

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel VIII: Gewerbeaufsicht, Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik und Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbe —

Drucksache Nr. 12a — Berichterstatter: Abg. Neuhäus und damit in Verbindung, und zwar:

bei Beratung von Titel VIII

Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Ged und Gen., die Errichtung von Arbeitskammern betr. — Drucksache Nr. 57 —

bei Beratung von Titel XV

1. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Wanschbach und Gen., die Kohlennot betr. — Drucksache Nr. 21 —

2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Ged und Gen., die Milderung der Notlage der Arbeitslosen betr. — Drucksache Nr. 58 —

* **Karlsruhe, 16. März.** 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 20. März 1908, vormittags 1/2 10 Uhr:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Ausgabe Titel XI (Wissenschaften und Künste) B. Nr. 202. Berichterstatter: Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürlin.

3. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern, Ausgabe Titel I bis VII, IX und X und Einnahme Titel I und II B. Nr. 203. Berichterstatter: Geh. Kommerzienrat Reiß.